c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn
www.wrb-so.ch

Bildungswerkstatt
Willi Ritschard

Einladung zur 49. WR-Bildungswerkstatt:

1. Teil:
Wann: **Freitag, 7. November, 19.15 bis ca. 21.30 Uhr**
Wo: Kultur-Historisches Museum Grenchen, 2540 Grenchen, im Dachstock
Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

2. Teil:
Wann: **Samstag, 15. November, 9.30 bis 13 Uhr**
Wo: Kultur-Historisches Museum Grenchen, 2540 Grenchen, im Dachstock
Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

Thema der 49. WR-Bildungswerkstätte

Was können/sollen/müssen wir anders oder besser machen, um unsere Potentiale auszuschöpfen ?

Zum selbstkritischen Nachdenken über die Arbeit der Linken im Dorf, der Stadt, dem Kanton und im Bund

Liebe WRBWlerinnen und WRBWler,

Wir treffen uns am kommenden Freitag, den 7.11., von 19.15 bis 21.30, und am Samstag, den 15.11., 09.30 bis 13.00 in Grenchen im Historischen Museum zur 49. WR-Bildungswerkstatt !

c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn
www.wrb-so.ch

Bildungswerkstatt
Willi Ritschard

Thema:
Was können/sollen/müssen wir anders besser machen um unsere Potentiale auszuschöpfen?
Zum selbstkritischen Nachdenken über die Arbeit der Linken im Dorf, der Stadt, dem Kanton und im Bund

In der Beilage findet Ihr einige Anregungen, deren Lektüre und Zusammenfassung wir am Freitag verteilen werden:

1. ZEIT vom 28.8.25/ Jens Jessen: „Selbst schuld?"
2. ZEIT vom 4.9.25/ Robert Pausch: „So einfach ist es nicht"
3. ZEIT vom 18.9.25/Die SPD in Hamm kann doch noch siegen....
4. REPUBLIK/ 6.9.25/Binswanger:Wer ist schuld an Trump ?
5. NYTimesMagazine/5.9.25/Christina Cauterucci, Old Climate Activism Playbook no longer works. What else can ?
6. JACOBIN/Herbst 25/Vivek Chibber, Die Parteifrage

Wer immer interessiert ist an dieser Frage ist herzlich eingeladen, am kommenden Freitag nach Grenchen zu kommen, mitzudenken und mitzudiskutieren.

Ich freue mich auf euch und grüsse ganz herzlich

Andi Gross

Daten für 2025

- ~~31.1. und 8.2.~~
- ~~2.5. und 10.5.~~
- 29.8. und 6.9.
- 7.11. und 15.11.

Binswanger

Wer ist schuld an Trump?

Plötzlich wird überall behauptet, der Rechtspopulismus sei verursacht worden von einer linken, «woken» Identitätspolitik. Echt jetzt?

Von Daniel Binswanger, 06.09.2025

Die autoritäre Rechte ist in vielen westlichen Demokratien auf dem Vormarsch – und guter Rat, wie diese Entwicklung zu stoppen sei, scheint teuer. In den USA wird der politische Wandlungsprozess mit einem Tempo vorangepeitscht, das niemand für möglich gehalten hätte. In Deutschland ist die AfD im Umfragehoch und liefert sich nun ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU/CSU. Kein Wunder, steigt die Nervosität. Und immer gehässiger wird die Frage debattiert: Wer oder was ist daran schuld?

Es kommt dabei eine nicht ganz neue, aber immer lauter und anklagender geäusserte Antwort zu Ehren: Schuld ist die Linke. Offenbar fehlt es ihr an Rezepten, um den Durchmarsch der radikalen Rechten zu stoppen. Und ein noch heftigerer Vorwurf wird zunehmend salonfähig: Es war überhaupt erst eine irregeleitete, zu post-materialistische, zu «woke» Linke, die den rechtspopulistischen Backlash ermöglichte. Die ihn recht eigentlich verursachte.

In der «Zeit» wurde letzte Woche ein grosser Themenschwerpunkt gesetzt unter dem Titel «Sind die Linken selber schuld?». Schuld an Trump, schuld an Weidel, schuld daran, dass die Wählerinnen am unteren Ende der Einkommensverteilung immer stärker empfänglich werden für die Sirenengesänge der illiberalen Rechten. Auch die NZZ hat sich dieser Frage gewidmet, wenn auch weniger im Frage- als im recht apodiktischen Antwortmodus. In einem Interview mit dem Historiker Andreas Rödder wird der Leserschaft beschieden, die Bedrohung beziehungsweise Überforderung der liberalen Demokratie komme daher, dass «woke Vorstellungen in vielen wichtigen Bereichen die Deutungshoheit über Richtig und Falsch» beanspruchen würden. Die Folge sei ein «starker Pendelschlag nach rechts, von Trump über Orbán bis zur AfD».

Es wird hier eine verblüffende Kausalität behauptet: Der Erfolg der autoritären Rechten sei direkt verursacht durch die linke Identitätspolitik. Wenn nur die Linke keine Forderungen mehr stellen würde «bei Migration und Integration, bei Geschlecht und Sexualität, bei Energie und Klima», dann hätte auch die liberale Demokratie überhaupt gar kein Problem. Dann könnten die rechten Traditionsparteien in Ruhe ihren Geschäften nachgehen. Es wäre weiterhin alles in Ordnung in der besten aller bürgerlichen Welten.

Diese Herleitung des Erfolgs des Illiberalismus ist nicht nur von erschütternder Schlichtheit, sondern gelinde gesagt absurd. Und zwar aus einer Reihe von Gründen:

Erstens gehört die Behauptung, der Illiberalismus sei nichts anderes als eine Abwehrreaktion gegen woke Identitätspolitik, zum Kernnarrativ eben dieses Illiberalismus. In diesem Narrativ werden die Exzesse der Identitätspolitik von links jedoch masslos übertrieben – um dann eine militante Abwehr zu rechtfertigen. Die Frage der Legitimität von gendergerechten Toiletten oder die zunehmende Präsenz von Lastenfahrrädern im städtischen Verkehr hat auf das Leben der allermeisten Menschen jedoch einen überschaubaren Einfluss. Zwar machen rechtspopulistische Parteien regelmässig den Versuch, mit «Anti-Wokeness» zu punkten, aber wenn es im Wahlkampf hart auf hart geht, setzt man doch lieber auf die gute alte Xenophobie.

Zu Recht wird die Aufbauschung dieser Themen, die inzwischen zum Tagesgeschäft des Rechtspopulismus gehört, als bewusst geschürte «moralische Panik» denunziert.

Aber die Identitätspolitik von rechts lebt nicht davon, dass sie sich von vermeintlichem linkem Meinungsterror absetzen würde. Sondern davon, dass sie ein nationalistisches, autoritäres Identifikationsangebot macht. Und dieses Angebot hat offensichtlich Zugkraft.

Zweitens spricht es nicht für die Urteilsfähigkeit vermeintlich liberaler bürgerlicher Stimmen, wenn sie um jeden Preis eine Äquidistanz zu linker und rechter Identitätspolitik aufrechterhalten wollen.

Die AfD, um beim deutschen Beispiel zu bleiben, ist eine Bedrohung für die deutsche Demokratie. Das sind die Grünen nun beim besten beziehungsweise schlechtesten Willen nicht. Genau diesen Unterschied ebnet die überzogene Kritik am Wokismus jedoch ein – was ja auch die Absicht sein könnte. Die Äquidistanz schafft de facto die Bedingungen, um endlich die Brandmauer zu schleifen.

Natürlich gibt es auch Exzesse der linken Identitätspolitik, natürlich kann sie manchmal selbstgefällig, herablassend, realitätsfern oder schlicht und einfach nervig sein. Aber zum rechten Gegenstück besteht ein fundamentaler Unterschied: Identitätspolitik von links verschreibt sich der Anerkennung und Nichtdiskriminierung von Minderheiten – steht also im Grundsatz nicht im Widerspruch zum universalistischen Ethos, das die Grundlage des liberalen Rechtsstaats bilden muss. Sehr im Gegenteil. Rechte Identitätspolitik hingegen ist immer partikularistisch und will Privilegien einer demokratischen Mehrheit oder einer Machtelite sichern. Eine wie auch immer definierte nationale Zugehörigkeit der «echten» Amerikanerinnen, Deutschen oder auch Schweizerinnen wird ausgespielt gegen Migranten und gegen ethnische, religiöse, sexuelle Minderheiten.

Jede Form der Identitätspolitik kann auf überzogene Weise praktiziert werden, aber im Grundsatz steht jene von links für Minderheitenschutz und jene von rechts für die Tyrannei der Mächtigen. Das ist ein Unterschied ums Ganze. Nur schon deshalb darf die bürgerliche Mitte die Äquidistanz nicht gelten lassen.

Es ist drittens ohnehin absurd, den Aufstieg von Trump oder der AfD primär auf Kulturkämpfe zurückführen zu wollen. Sicherlich: Kulturkämpfe sind relevant. Aber sowohl in den USA als auch in Deutschland hat die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen beziehungsweise die ökonomische Ungleichheit, die sich in den

letzten Jahrzehnten massiv verschärftc, zum Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen einen Beitrag geleistet – vermutlich den entscheidenden.

In beiden Ländern hat die Ungleichheit seit den Achtzigerjahren massiv zugenommen. Und sowohl die amerikanischen Demokraten als auch die SPD haben diese Entwicklungen mitgetragen, wenn nicht sogar gefördert. Die USA hatten Clinton und das von ihm durchgesetzte «Ende des Wohlfahrtsstaates, so wie wir ihn kennen». Die Deutschen hatten Schröder und die «Agenda 2010».

Hinzu kommt die von uns allen erlebte Klimaerwärmung, die ebenfalls von einem fehlgeleiteten Wirtschaftssystem vorangetrieben wird. Man muss kein Marxist sein, um diese massiven gesellschaftlichen Veränderungen für politisch folgenreicher zu halten als Transgender-Toiletten und vegetarische Kantinenmenüs.

Im Übrigen ist auch der Sonderfall der Schweizer Sozialdemokraten in diesem Kontext interessant: Aufgrund des Konkordanzsystems und des relativ konstanten 30-Prozent-Anteils der Linken in der Eidgenossenschaft ist die SP nie in die Versuchung gekommen, eine Regierungsmehrheit erobern zu wollen, und blieb deshalb weitgehend immun gegen die Versprechen des «dritten Wegs» à la Clinton, Schröder oder Blair. Die Schweizer Linken blieben links – und wohl deshalb blieb ihr Stimmenanteil auch relativ stabil. In Volksabstimmungen werden sie bei Umverteilungsvorlagen nun immer erfolgreicher. Vermutlich, weil dort der Schuh wirklich drückt.

Immer mehr Bürgerinnen erleben keinen wirtschaftlichen Fortschritt mehr und glauben nicht mehr daran, dass ihre Kinder besser leben werden als sie selbst. Deshalb werden Protestangebote attraktiv. Das Problem der Linken ist gewiss nicht, dass ihre Kämpfe überholt wären. Sondern dass der Protest von rechts immer stärkere Resonanz hat.

Häufig wird viertens allerdings der Vorwurf erhoben, die linken Parteien hätten den Klassenkampf ohnehin aufgegeben und würden sich nur noch an die urbane Mittelschicht wenden, die sie abhole mit einer postmateriellen, identitätspolitischen Agenda. Das Problem mit dieser Behauptung ist schlicht und einfach, dass sie nicht zutrifft beziehungsweise nicht mehr zutrifft.

Auch wenn man das Argument geltend machen kann, dass der «dritte Weg»

beziehungsweise die neoliberale Wende der Sozialdemokratie international einen wesentlichen Beitrag zum Niedergang der Linken leistete, ist die Korrektur schon lange eingeleitet worden. Joe Biden war der gewerkschaftsfreundlichste, arbeiterschaftsorientierteste US-Präsident seit Roosevelt. Er betrieb grüne Industriepolitik zur Förderung von Arbeitsplätzen und hat sich mit aller Macht für einen nationalen Mindestlohn eingesetzt, scheiterte allerdings an der Dissidenz (um nicht zu sagen am Verrat) einzelner konservativer Demokratinnen im Senat. Auch die SPD hat sich immer stärker vom Schröder-Erbe distanziert, spätestens seit Andrea Nahles 2018 die Agenda 2010 durch «Sozialstaat 2025» ersetzte.

Der Vorwurf, die Linke habe den «Klassenkampf» aufgegeben, ist einigermassen grotesk. Und besonders heuchlerisch ist, dass er in der Regel dort am lautesten erhoben wird, wo mit dem allergrössten Eifer daran gearbeitet wird, den sozialen Fortschritt und den wirtschaftlichen Ausgleich zu verhindern. Zum Beispiel in der NZZ.

Natürlich muss uns dennoch die Frage beschäftigen, weshalb Protest von rechts attraktiver zu werden scheint und der Protest von links dagegen Schwierigkeiten hat, sich zu behaupten. Die Schuldzuweisung, die Linke sei jetzt auch noch an der Rechten schuld, bringt jedoch sehr begrenzten Erkenntnisgewinn.

George Monbiot und Peter Hutchison haben in ihrer sehr pointierten, scharf formulierten Zeitdiagnose «The Invisible Doctrine. The Secret History of Neoliberalism» darauf insistiert, dass es neue Narrative braucht. Narrative, die die Hypertrophie der Konkurrenzgesellschaft überwinden. Narrative der demokratischen Partizipation und der gesamtgesellschaftlichen Solidarität.

Die ideologischen Transformationen der letzten Jahrzehnte sind vielfältig und einschneidend. So lebten wir zum Beispiel bis vor kurzem in einigermassen funktionierenden Nationalstaaten. Heute ist «Staat» definitiv zu einem negativen Kampfbegriff geworden, und selbst die bürgerlichen Traditionsparteien fühlen sich ideologisch verpflichtet auf einen mehr oder weniger aggressiven Anti-Etatismus. Dann bleibt vom Nationalstaat halt nur noch die Nation – und ein neuer Hypernationalismus, der auf Aggressivität nach aussen und nicht auf Ausgleich nach innen ausgelegt ist.

Einem neuen Narrativ der Demokratie und des Ausgleichs tatsächlich Wirkungsmacht zu verleihen, ist keine einfache Aufgabe. Aber sie ist zu bewältigen. Die revolutionäre Rechte ist immer autoritär, obskurantistisch, destruktiv – um nicht zu sagen faschistisch. Die Frage heute ist, wie schlimm es noch kommen muss, bevor es wieder besser wird. Diese Antwort ist offen.

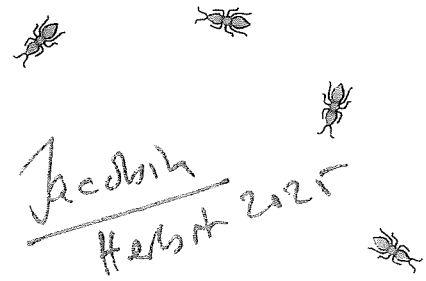
Binswanger

Daniel Binswangers Kommentare verbinden das Klein-Klein der Tagespolitik mit den grossen Fragen, den grundlegenden Werten, den umfassenden Theorien. Aktuell und reflektiert. Jeden Samstag.

Illustration: Alex Solman

LEITARTIKEL

Die Parteifrage



Vivek Chibber

Die Wirkungslosigkeit der heutigen Linken ist kein Zufall, sondern Ergebnis ihrer Organisationsstruktur. Will sie neue Stärke aufbauen, muss sie diese von Grund auf ändern.

Die moderne Linke entstand als politischer Ausdruck der materiellen Interessen der Arbeiterklasse. In ihren Anfängen war sie ein loser Zusammenschluss von Intellektuellen, Gewerkschaftern und sympathisierenden Mitgliedern der politischen Elite, deren Aktivitäten sich hauptsächlich auf Journalismus, moralische Debatten, soziale Arbeit und in einigen Fällen politisches Patronat beschränkten. Doch Ende des 19. Jahrhunderts erkannten die Arbeiterschaft und ihre Verbündeten in elitäreren Schichten, dass sie sich als Klasse organisieren mussten, um ihre politischen und ökonomischen Interessen durchzusetzen.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Erkenntnis erst durch harte Erfahrungen gewonnen wurde. Auch ist es nicht so, dass andere Aktivitäten aufgrund eines kulturellen Wandels oder einer Veränderung der intellektuellen Moden gegenüber der Klassenorganisierung in den Hintergrund traten. Tatsächlich wurde keine von ihnen in irgendeiner Weise aufgegeben: Sozialistinnen und Sozialisten setzten sich weiterhin mit moralischen Argumenten gegen den Kapitalismus ein, kritisierten in der Presse die Ungerechtigkeiten gegenüber der Arbeiterschaft und nutzten ihre politischen Einflussmöglichkeiten, um die Bedingungen zu verbessern.

Übersetzung ◦ **Tim Steins**
Illustration ◦ **Jonathan Hoffboll**

Während Gewerkschaften für die täglichen Interessen ihrer Mitglieder kämpfen, entwerfen Parteien eine langfristigere Strategie für die Klasse als Ganze.

Sie mussten jedoch feststellen, dass ihre Forderungen ohne reale Macht bestenfalls ignoriert, wenn nicht sogar von den Arbeitgebern und ihren politischen Vertretern im Staat physisch unterdrückt wurden. Durch diesen Lernprozess wurde aus der »sozialen Frage« des frühen 19. Jahrhunderts zum Ende des Jahrhunderts die »Klassenfrage«.

Zwei Grundpfeiler der Arbeiterbewegung

Zwei Institutionen wurden zu den Grundpfeilern der organisierten Arbeiterbewegung: Gewerkschaften und sozialistische Parteien. In einigen Ländern entstanden zuerst die Parteien, die dann den Weg für das Erstarken der Gewerkschaften ebneten. In anderen Fällen kamen die Gewerkschaften zusammen, um Parteien als ihren politischen Arm zu gründen. Unabhängig von der Reihenfolge wurden diese beiden Institutionen nahezu überall – mit Ausnahme der USA, wo sozialistische Parteien effektiv von der politischen Teilhabe ausgeschlossen wurden – zum Fundament für die Erfolge der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert.

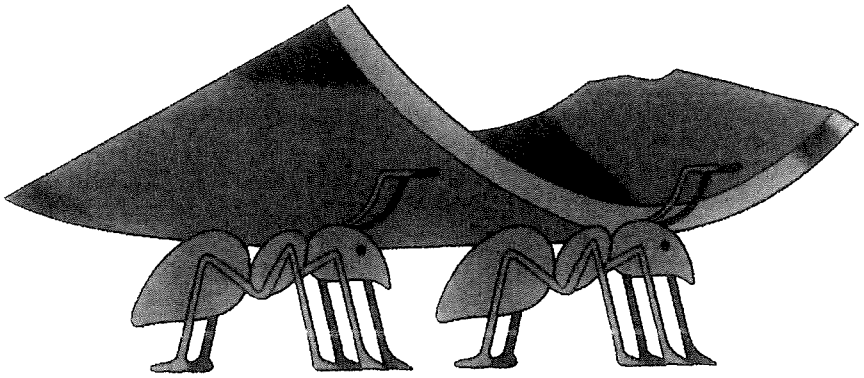
Über ein Jahrhundert später sind Gewerkschaften nach wie vor Kern sozialistischer Strategien. Der Grund dafür ist simpel: Der Arbeitsplatz ist in jeder kapitalistischen Gesellschaft der Ort, an dem Arbeiterinnen und Arbeiter in großer Zahl zusammenkommen. Doch das ist nicht das einzige Merkmal, das Arbeitsstätten so wichtig macht – schließlich können Menschen aus der Arbeiterklasse beispielsweise auch in ihrer Nachbarschaft zusammenkommen.

Die zentrale Bedeutung des Arbeitsplatzes ergibt sich vielmehr aus der Tatsache, dass dort Wert geschaffen wird. Und den Fluss der Wertschöpfung zu unterbrechen, ist das wesentliche Machtmittel der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften bringen die Arbeiterklasse zusammen und nutzen ihre Kontrolle über den ökonomischen Wert als Druckmittel gegenüber den Arbeitgebern. Wenn Sozialisten versuchen, Arbeiter anhand ihrer Interessen zu organisieren, ist ein Gelingen schlichtweg unvorstellbar, ohne dass Gewerkschaften dabei im Zentrum stehen.

Doch obwohl Gewerkschaften für die Organisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter unerlässlich sind, können sie diese nur teilweise als Klasse organisieren. Wie Wladimir Lenin feststellte, ermöglichen Gewerkschaften es der Arbeiterschaft zwar, für ihre Interessen zu kämpfen, aber nur in einem begrenzten Sinne. Gewerkschaften helfen, Verbesserungen in Bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen sowie die Arbeitszeit und das Arbeitstempo zu erreichen. Sie sind ein Mittel für Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Interessen am Arbeitsplatz zu verteidigen und innerhalb des Kapitalismus ein gewisses Maß an Menschenwürde zu wahren.

Ihre Begrenzung ist jedoch, dass sie die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Einzelheiten des jeweiligen Arbeitsvertrags lenken, anstatt das dem Vertrag zugrundeliegende Prinzip selbst infrage zu stellen. Für Sozialisten stellt dies eine gewisse Paradoxie dar: Gewerkschaften sind für den Schutz der Interessen der Arbeiterschaft innerhalb des Kapitalismus unverzichtbar, aber sie legitimieren auch genau das System, das Sozialisten überwinden wollen. Dies ist nicht nur eine Frage der Ideologie: Gewerkschaftsfunktionäre haben die Aufgabe, die Interessen der Beschäftigten am Arbeitsplatz zu verteidigen, und neigen daher dazu, sich einseitig auf die Missstände an eben jenem Arbeitsplatz zu konzentrieren und sich weniger mit dem System als Ganzem zu befassten.

Darüber hinaus haben Gewerkschaften, gerade weil sie zur Sicherung des Wohlergehens ihrer jeweiligen Mitglieder gegründet wurden,



eine inhärente Tendenz, die Arbeiterklasse zu zersplittern. Am deutlichsten wird dies im Fall der im 19. Jahrhundert dominierenden Zunft- oder Gildengewerkschaften, in denen sich die Arbeiter nach ihren jeweiligen Fertigkeiten oder Berufen organisierten. Aber dies gilt auch für die seit den 1930er Jahren vorherrschende Form des Gewerkschaftswesens, die Industriegewerkschaften: Sie organisieren zwar die Arbeiterschaft eines bestimmten Unternehmens oder einer bestimmten Branche, aber sie haben kein inhärentes Bestreben, alle Arbeiterinnen und Arbeiter als Klasse zusammenzubringen.

Diese Einschränkungen sind der Grund, warum der sozialistische Flügel der Arbeiterbewegung seit jeher eine politische Partei als absolut notwendig erachtet hat. Arbeiter- oder sozialistische Parteien weisen historisch gesehen zwei Merkmale auf, die Gewerkschaften von Natur aus nicht haben: Das erste ist, dass sie nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach ideologischen Gesichtspunkten organisiert sind. Sie setzen sich dafür ein, die Grundstruktur des Kapitalismus zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern – oder, in einer ambitionierteren Version, den Kapitalismus komplett zu überwinden.

Man kann diese Konstellation so zusammenfassen: Während Gewerkschaften für die täglichen Interessen ihrer Mitglieder kämpfen, entwerfen Parteien eine langfristigere Strategie für die Klasse als Ganze. Parteien neigen eher dazu, die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu betrachten, während Gewerkschaften ständig auf die Besonderheiten ihrer Branche oder der jeweiligen Fachkompetenz fixiert sind.

Ein weiteres wichtiges Merkmal ist, dass Parteien Zugang zum Staat haben. Im 19. Jahrhundert spielte dies keine so große Rolle, da die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter ohnehin von der Teilnahme am Wahlsystem ausgeschlossen waren. Mit der Demokratisierung des kapitalistischen Staates wurde jedoch die Möglichkeit, mit legislativen Mitteln das Terrain für den Klassenkampf zu verändern, zu einem zentralen Pfeiler der Strategie der Arbeiterklasse. Das Bestreben, die Interessen der Arbeiterklasse voranzubringen, bekam mit den neu entstehenden Parteien sein mächtigstes Instrument.

Diese Parteien arbeiteten mit den Gewerkschaften zusammen, hatten aber ihre eigene Organisationsstruktur. In vielerlei Hinsicht waren Parteien ebenso wie Gewerkschaften Kampforganisationen: Sie waren physisch in den Arbeitergemeinden verankert, rekrutierten die meisten ihrer Mitglieder aus diesen Gemeinden und waren tief verwurzelt im Leben der Arbeiterklasse, sodass die Partei und die Menschen eine organische Einheit bildeten.

Allerdings beschränkten sich die Parteien nicht darauf, die Arbeiterinnen und Arbeiter als Massenbasis zu nutzen – sie versuchten aktiv, die ideologische und politische Kultur der gesamten Klasse zu prägen. Sie hatten eine kohärente politische Botschaft und eine reichhaltige interne Debatten- und Diskussionskultur, mit klaren Normen innerhalb ihrer Reihen und Aufstiegsmöglichkeiten in die Führung. Alle sozialistischen Parteien des 20. Jahrhunderts waren stolz auf ihre innerparteiliche Disziplin und die Entschlossenheit, mit der sie sich in der Politik engagierten. Der Sozialismus erschien praktisch schon am Horizont; lange konnte es nicht mehr dauern. Was ist also passiert?

Vom Mobilisieren zum Managen

Sozialisten haben stets verstanden, dass Gewerkschaften einen starken Anreiz dazu haben, ihre Mitglieder nicht nur zu mobilisieren, sondern sie auch zu managen: Gewerkschaften verhandeln mit Arbeitgebern über Verträge; und die

Bedingung eines jeden Vertrags ist die Verpflichtung, sich an die Vertragsbedingungen zu halten. Das übergeordnete Ziel ist ein gewisser Arbeitsfrieden. Der entsprechende Impuls der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern Disziplin aufzuerlegen, um die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber Verhandlungspartnern zu wahren, gewann im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung. Gewerkschaften wurden in fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften institutionalisiert und verwandelten sich von Kampfverbänden in Instanzen des Arbeitsfriedens.

Unter Sozialistinnen und Sozialisten ist es eine gängige Meinung, dass die heutige Demobilisierung der Gewerkschaften auf eine zu starke Machtkonzentration bei den Gewerkschaftsführungen zurückzuführen sei. Zwar ist der Konservatismus der Führungen zweifellos ein wichtiger Faktor, doch ebenso wichtig ist die Passivität der übrigen Gewerkschaftsmitglieder. Tatsächlich hat gerade der *Erfolg* der Gewerkschaften dazu geführt, dass die Mitglieder eher geneigt waren, die Initiative ihren jeweiligen Führungen zu überlassen, anstatt sich permanent in Kampfstellung zu begeben. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts wirkten diese Faktoren zusammen und machten die Gewerkschaften zu einem stabilen Bestandteil der kapitalistischen politischen Ökonomie – statt zu einer sie zersetzenden Kraft.

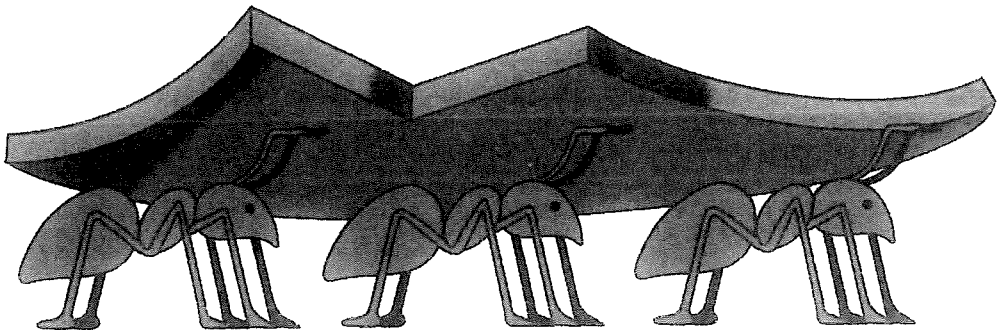
Sozialistische Parteien sollten als Gegengewicht zu dieser konservativen Tendenz innerhalb der Gewerkschaften dienen. Es zeigte sich jedoch schnell, dass auch die Parteien eine starke Neigung dazu hatten, das Bestehende lediglich zu verwalten. So wie die Gewerkschaften für Arbeitsfrieden sorgen mussten, um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, mussten die Parteien als Grundlage für ihre Glaubwürdigkeit Wirtschaftswachstum liefern. Der wichtigste Faktor für Wachstum war es jedoch, die Investitionsprioritäten des Privatkapitals zu achten. Obwohl ihre Hauptwählerschaft die Arbeiterklasse war, mussten alle Arbeiterparteien feststellen, dass sie die Profitinteressen des Kapitals – ihres Klassenfeindes – respektieren mussten, wenn sie Wirtschaftswachstum sichern wollten. Wirtschaftswachstum war und ist die Grundlage für praktisch alle politischen Initiativen, die linke Regierungen ergreifen können. Diese Faktoren waren in erster Linie für die Domestizierung der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit verantwortlich.

Im Zuge von zwei Generationen haben wir etwas Bemerkenswertes beobachtet: Diese Institutionen, die einst Katalysatoren für den Fortschritt der Arbeiterklasse waren, haben nicht nur aufgehört, Klassenmobilisierer zu sein, sondern sind entweder zu Komplizen der neoliberalen Agenda geworden oder haben sich zumindest mit dem Status quo abgefunden. Während die herrschenden Eliten den Sozialstaat zurückgebaut, die Gewerkschaften entmachtet und landauf, landab Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt haben, versäumten es die ehemaligen Arbeiterparteien nicht nur, dagegen anzukämpfen, sondern waren in der Regel sogar Vollstrecker derartiger Maßnahmen. Die Gewerkschaften wiederum sahen sich aufgrund ihrer schrumpfenden Mitgliederzahlen und der zunehmenden Demoralisierung der Mitglieder außerstande, sich gegen die Attacken zu wehren. Die Gewerkschaften rutschten daher in reine Verteidigungskämpfe, oder sie bemühten sich um die Gunst der Machtzentren, statt gegen sie zu mobilisieren.

Die Wende zu den »Bewegungen«

Der steile Niedergang der Institutionen der Arbeiterklasse ist einer der wesentlichen Hintergründe, vor denen sich die heutige Opposition gegen den Neoliberalismus herausgebildet hat.

So wie die Gewerkschaften für Arbeitsfrieden sorgen mussten, um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, mussten die Parteien als Grundlage für ihre Glaubwürdigkeit Wirtschaftswachstum liefern.



Von den 1980er bis in die 2000er Jahre stieß der Neoliberalismus auf sehr wenig Widerstand seitens der Gewerkschaften im Besonderen und der Gesellschaft im Allgemeinen. Erst seit 2010/11 ist ein deutlicher Anstieg der Mobilisierung gegen die von den Eliten initiierte wirtschaftliche Offensive zu beobachten. In dieser Hinsicht erinnert dies an die Wellen sozialer Kämpfe, die den Kapitalismus im vorherigen Jahrhundert geprägt haben.

Es gibt jedoch einen eklatanten Unterschied: Die früheren antikapitalistischen Mobilisierungen hatten einen ausgeprägten organisatorischen Aspekt. Sie waren um die Gewerkschaftsbewegung herum organisiert und wurden von sozialistischen Parteien verschiedener Couleur angeführt. Dies galt ebenso für die Wende zum 20. Jahrhundert wie für die 1930er Jahre und bis in die 1960er Jahre hinein.

Im Gegensatz dazu spielten die klassischen Organisationen der Arbeiterklasse in den anti-neoliberalen Mobilisierungen der vergangenen zwei Jahrzehnte eine viel geringere Rolle. Dies ist nicht überraschend: Die Institutionen, die in der Vergangenheit die Mobilisierungen angeführt haben, sind entweder zu schwach und risikoscheu, um dies erneut zu tun, oder sie setzen selbst aktiv jene Politik durch, die eine so wütende gesellschaftliche Reaktion hervorgerufen hat. Infolgedessen mussten Aktivistinnen und Aktivisten außerhalb dieser Institutionen agieren. Entweder riefen sie andere zivilgesellschaftliche Organe auf, sich zu engagieren, oder versuchten, solche Organe neu zu schaffen. So sind es heute vor allem Studierendengruppen, Bürgerinitiativen, aber vor allem gemeinnützige Organisationen und NGOs, die in den anti-neoliberalen Bewegungen eine aktive Rolle spielen.

Das Ergebnis ist eine bemerkenswerte Veränderung, sowohl hinsichtlich des Erfolgs der Bewegungen als auch in der Dauerhaftigkeit oder Nachhaltigkeit der Mobilisierungen. In den zehn Jahren nach 1890 entstanden moderne Arbeiterorganisationen, die unmittelbar Einfluss auf die politische Agenda nahmen; in den 1930er Jahren wuchs der Wohlfahrtsstaat massiv und wurde großzügiger; und die Entwicklungen der 1960er Jahre waren die letzte große Expansion der Sozialdemokratie. Im Gegensatz dazu haben die Mobilisierungen nach Occupy Wall Street sowohl im Globalen Norden als auch im Süden nur sehr wenige konkrete Ergebnisse vorzuweisen. Der Austeritätskurs wurde unvermindert fortgesetzt, die politische Landschaft wird weiterhin von der Mitte dominiert – und Wachstum ist nicht bei der Linken, sondern überwiegend bei der radikalen Rechten zu verzeichnen.

Betrachtet man die Organisationen, die aus den jüngsten Bewegungen hervorgegangen sind, so sind sie größtenteils in politische Krisen geraten oder ganz verschwunden – sei es Occupy Wall Street in den USA, M-15 und später Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland, die Momentum-Bewegung innerhalb der britischen Labour Party oder andere weniger namhafte Projekte. Kaum eins hat sich dauerhaft in der politischen Landschaft etablieren können.

Es gibt einige wenige Ausnahmen, beispielsweise die Democratic Socialists of America (DSA), die deutsche Linkspartei oder Jean-Luc Mélenchons La France insoumise. Doch selbst in diesen Fällen haben Organisationen größtenteils nur überlebt und sind kaum Vorboten einer dramatischen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Noch vor wenigen Monaten schien die Linkspartei nach jahrelangem politischem Bedeutungsverlust endgültig am Abgrund zu stehen. Und La France insoumise ist bei Weitem die erfolgreichste dieser Gruppierungen, scheint aber zeitweise allein durch das Charisma ihres

Die heutigen Organisationen sind in Wirklichkeit Sammelbecken kleinerer Gruppen, die lediglich durch ein vages Bekenntnis zur »sozialen Gerechtigkeit« und Feindseligkeit gegenüber der herrschenden Ordnung zusammengehalten werden.

Anführers Mélenchon zusammengehalten zu werden. Das ist keine gute Grundlage für langfristige Stabilität, geschweige denn für Wachstum.

Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, dass diese Protestwellen und Organisationen Einfluss auf die politische Kultur gehabt haben: Die öffentliche Debatte über den Neoliberalismus hat sich nicht zuletzt aufgrund der Bewegungen und der von ihnen mitbegründeten Organisationen dramatisch verändert. Es ist jedoch wichtig zu analysieren, warum sie so wenig Erfolg dabei hatten, die politischen Kräfteverhältnisse oder die Prioritäten der Staaten zu verändern.

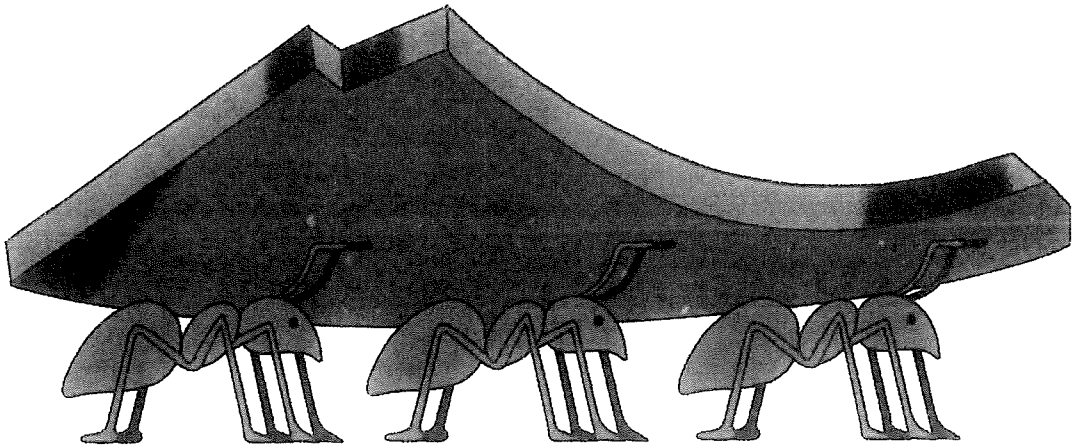
Der wichtigste Hemmfaktor war offensichtlich die gesellschaftliche Basis dieser Bewegungen: Es handelte sich größtenteils um Bürgermobilisierungen, die verschiedene soziale Gruppen zusammenbrachten, ohne jedoch der Klassenorganisation besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es herrschte zwar allgemein eine ablehnende Haltung gegen Austerität und Kürzungen, doch war dies nur ein Element unter vielen anderen Kritikpunkten.

Anstelle eines klaren politischen Ziels oder eines verbindenden Themas, wie es die Klassenmobilisierungen der 1890er oder 1930er Jahre hatten, forderten die jüngeren Bewegungen eine multidimensionale »soziale Gerechtigkeit« in diversen Bereichen wie Umwelt, Antirassismus, Genderfragen und Sexualität. Ebenso wichtig ist, dass jedes Thema von einer eigenen Interessengruppe mit eigener Agenda und eigenen Institutionen vorangetrieben wurde. So sind Gebilde wie die DSA und andere zwar dem Namen nach Organisationen, in Wirklichkeit aber Sammelbecken kleinerer Gruppen, die lediglich durch ein vages Bekenntnis zur »sozialen Gerechtigkeit« und Feindseligkeit gegenüber der herrschenden Ordnung zusammengehalten werden.

Diese besondere Mischung steht in direktem Zusammenhang mit der Zähmung der klassischen Institutionen der Arbeiterschaft. Die beiden Machtzentren des Kapitalismus – die Wirtschaft und der Staat – werden heute vollständig von der Kapitalistenklasse beherrscht. Aufgrund der Neutralisierung der Gewerkschaften und des Rechtsrucks der sozialdemokratischen Parteien gibt es keine gut zugängliche Möglichkeit, die Macht an ihrer Quelle anzugehen. Daher wurde der Widerstand in die Zivilgesellschaft statt an die Arbeitsplätze und in den Staat getragen. Dadurch konnten gesellschaftliche Schichten außerhalb der Arbeiterklasse angesprochen werden. Doch selbst wenn Arbeiter solchen Bündnissen beitreten, tun sie dies als einzelne, atomisierte Bürger und nicht als Vertreter ihrer Klasse. Diese Bewegungen waren und sind von besser situierten und gebildeteren Schichten dominiert – nicht von der Arbeiterklasse.

Dies hat zwei unmittelbare Folgen. Erstens treten Menschen aus moralischer Überzeugung in die Bewegungen ein und nicht, weil sie diese für ihre eigenen materiellen Interessen als essenziell notwendig erachten. Das unterscheidet die Bewegungen stark von Arbeiterkämpfen: Diese hatten natürlich auch eine moralische Dimension, aber was die Arbeiterschaft über Jahrzehnte hinweg an die Bewegung band, war, dass sie ihre eigenen materiellen Interessen direkt mit dem Erfolg der Bewegung verknüpfen konnten. Anders gesagt: Die Arbeiter konnten sich gar nicht aus den Bewegungen zurückziehen, ohne dass dies direkte Auswirkungen auf ihr eigenes Wohlergehen gehabt hätte.

Wenn Menschen kein direktes materielles Interesse am Erfolg von Bewegungen haben, ist es einfacher, sich wieder abzuwenden. Dadurch ist es bei derartigen Bewegungen viel wahrscheinlicher, dass sie bei den ersten Anzeichen einer



Niederlage oder bei einer Demoralisierung ihrer Mitglieder zusammenbrechen. Dies ließ sich in Deutschland an der Explosion und anschließenden Implosion der Klimabewegung beobachten, die sich überwiegend aus Schülerinnen und Schülern aus der Mittelschicht zusammensetzte, die sich bald anderen Aktivitäten zuwandten.

Die zweite Folge ist, dass gerade der Moralismus solcher Bewegungen Menschen aus der Arbeiterklasse eher abschreckt. Da sich die Arbeiter von den Bewegungen entkoppelt und entfremdet fühlen, erreichen die Projekte nicht die Hebelwirkung, die die traditionellen Gewerkschaften in früheren Jahrzehnten entfalten konnten. Die Arbeiterbewegungen waren in der Vergangenheit nicht nur wegen ihrer großen Mitgliederzahlen erfolgreich, sondern auch wegen ihrer Fähigkeit, den Wertschöpfungsfluss in der Wirtschaft zu unterbrechen. Früher hassten die Eliten linke Bewegungen genauso wie heute, aber damals hatten sie keine andere Wahl, als mit ihnen zu verhandeln. Das ist heute nicht mehr der Fall. Es ist nicht nur schwieriger, die Bewegungen zusammenzuhalten, sondern auch einfacher, sie in Schach zu halten, weil sie kaum über symbolische Protestaktionen hinausgehen.

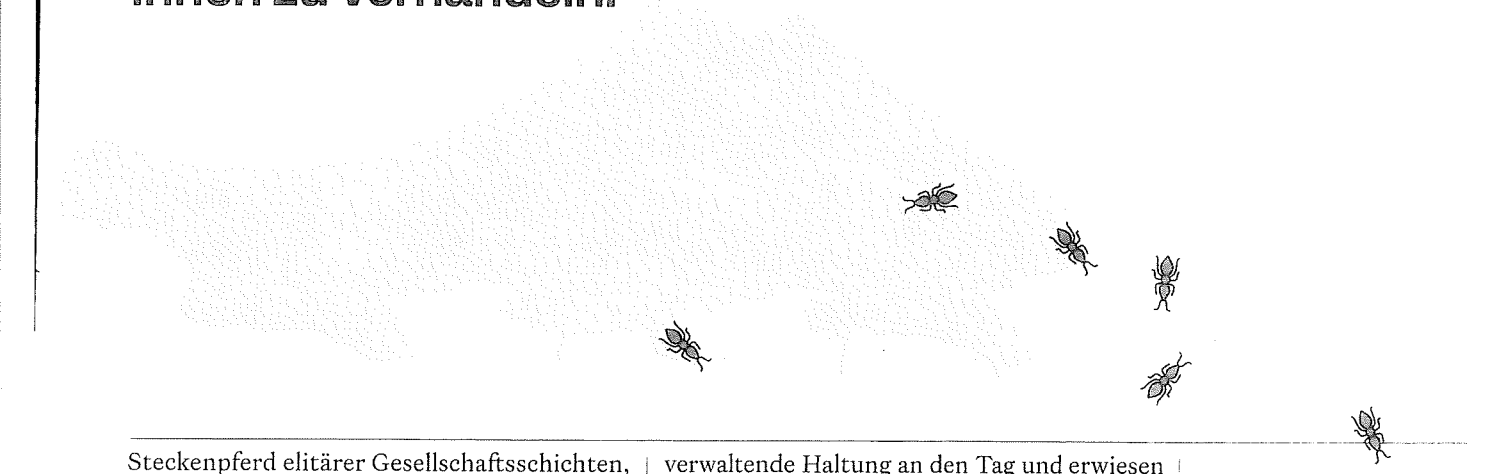
Ihre Unwirksamkeit ist ein Grund dafür, dass die Initiativen und Organisationen der linken Antiausteritätsbewegung nicht zusammengehalten werden konnten. Ein weiterer Grund ist die mangelnde Bereitschaft, disziplinierte Debatten- und Entscheidungsstrukturen zu schaffen, wie sie sich die traditionellen Parteien auferlegt hatten. Ironischerweise war es gerade das Misstrauen gegenüber diesen Parteien, das den Wunsch nach offeneren, weniger strukturierten Organisationskulturen hervorgebracht hatte. Doch der bloße Wunsch nach einer bürokratiefreien Struktur reicht für politischen Erfolg nicht aus. In jeder Organisation, in der Entscheidungen zu treffen und Ressourcen zu verteilen sind, muss es Mechanismen für Beratungen und Diskussionen geben. Somit bleibt die Wahl, entweder einen expliziten Mechanismus zu schaffen, wie es sozialistische Organisationen in der Vergangenheit getan haben, oder ihn stets ad hoc zusammenzuflicken, was die heutigen Organisationen tun.

In Ermangelung starker Beratungs- und Entscheidungsmechanismen tendieren Organisationen zu einem von zwei Entwicklungspfaden: Entweder sie zerfallen in lokale autonome Grüppchen und sorgen damit für organisatorisches Chaos, oder sie verlassen sich auf Autoritätspersonen, deren Diktat dann demokratische Entscheidungsprozesse ersetzt. Die DSA und Momentum sind Beispiele für Ersteres, Podemos für Letzteres. Beide Fälle führen unweigerlich zu einer Enttäuschung und Demoralisierung der Mitglieder: Die Organisationen ziehen viele energiegeladene und motivierte Menschen an. Doch entweder empfinden sie schon bald die mangelnden Perspektiven und die endlosen Sitzungen als wenig sinnvoll oder aber sie sind schockiert von der Top-down-Entscheidungsfindung, die von einer kaum greifbaren Führungsriege ausgeht. Das Ergebnis ist organisatorischer Stillstand oder, häufiger, ein allmählicher oder auch plötzlicher Zusammenbruch.

Weg von den Rändern

So haben sich Richtung und Dynamik der jüngsten Mobilisierungswellen entwickelt. Das Ergebnis ist eine »Linke«, die weitgehend unwirksam ist und sich am politischen Rand bewegt. Während linke Politik einst mit den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung gleichgesetzt wurde und universelle Themen aufgriff, wird sie heute eher mit Randthemen in Verbindung gebracht, mit dem jeweils aktuellen

Früher hassten die Eliten linke Bewegungen genauso wie heute, aber damals hatten sie keine andere Wahl, als mit ihnen zu verhandeln.



Steckenpferd elitärer Gesellschaftsschichten, die sich kaum für die Belange der arbeitenden Bevölkerung interessieren. All dies sollte nicht überraschen: Da die traditionellen Institutionen sozialistischer Politik unwirksam gemacht und in die Machtzentren absorbiert worden sind, ist es verständlich, dass gesellschaftliche Mobilisierungen an den Rändern der Gesellschaft stattfinden. Doch es wäre ein Fehler, aus der Not eine Tugend zu machen. Der einzige Weg zurück führt über die harte Arbeit der Organisierung in genau den Bereichen, die einst die Heimat der Linken waren.

Es gibt einige Anzeichen dafür, dass die aktuelle Linke der Tatsache ins Auge sieht, dass es keinen Weg zu früherer Stärke gibt, wenn sie sich nicht wie vor einem Jahrhundert in das Leben und die Institutionen der Arbeiterklasse einbetten kann. Dies zeigt sich sowohl in den öffentlichen und privaten Diskussionen in den neu entstehenden politischen Organisationen als auch in ihren Kampagnen. Die Slogans und programmatischen Wahlversprechen von Zohran Mamdani sowie die jüngsten Entwicklungen in der Linkspartei sind sehr ermutigend. Bislang handelt es sich jedoch weitgehend um eine kulturelle und rhetorische Wende.

Was noch nicht geschehen ist, ist die Wiederbelebung der Institutionen der Arbeiterklasse, die einst das Fundament linker Politik bildeten – die Parteien, die Gewerkschaften und die sozialen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, in denen die arbeitenden Menschen als Klasse zusammenfanden. Während also die Kultur der Linken langsam zur Klassenpolitik zurückkehrt, ist ihre Aktivität nach wie vor weitgehend an sozialen Bewegungen orientiert.

Das traditionelle Modell der Klassenpolitik war bei Weitem nicht perfekt. Sowohl Gewerkschaften als auch Parteien legten eine lediglich verwaltende Haltung an den Tag und erwiesen sich als unfähig, dem neoliberalen Vormarsch Widerstand zu leisten. Doch ungeachtet ihrer Mängel haben diese Institutionen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat aufgebaut und sogar die revolutionären Aufstände des 20. Jahrhunderts angeführt. Es gibt absolut keinen Grund zur Annahme, dass eine Wiederbelebung der Linken auf einem anderen Weg erfolgen könnte.

Die Wirkungslosigkeit der derzeitigen Linken ist kein Zufall – sie ist das Ergebnis einer Organisationskultur und der Taktiken, die sie sich zu eigen gemacht hat. Wenn wir die kurzen Aufschwünge der letzten Jahre in dauerhafte gesellschaftliche Wirkmacht umwandeln wollen, müssen wir Wege finden, um zunächst die Organe wiederzubeleben oder neu aufzubauen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben – und uns dann mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die zu ihrer Entradikalisierung und ihrem Niedergang geführt haben. J

Vivek Chibber ist Professor für Soziologie an der New York University, Herausgeber von *Catalyst: A Journal of Theory and Strategy* und Autor unter anderem von *Das ABC des Kapitalismus*, das bei Brumaire erschienen ist.

The New York Times Magazine

The Old Climate-Activism Playbook No Longer Works. What Else Can?

Activists are hoping to recreate the magic of 1970's Earth Day — at a moment when the movement's future is cloudier than ever.

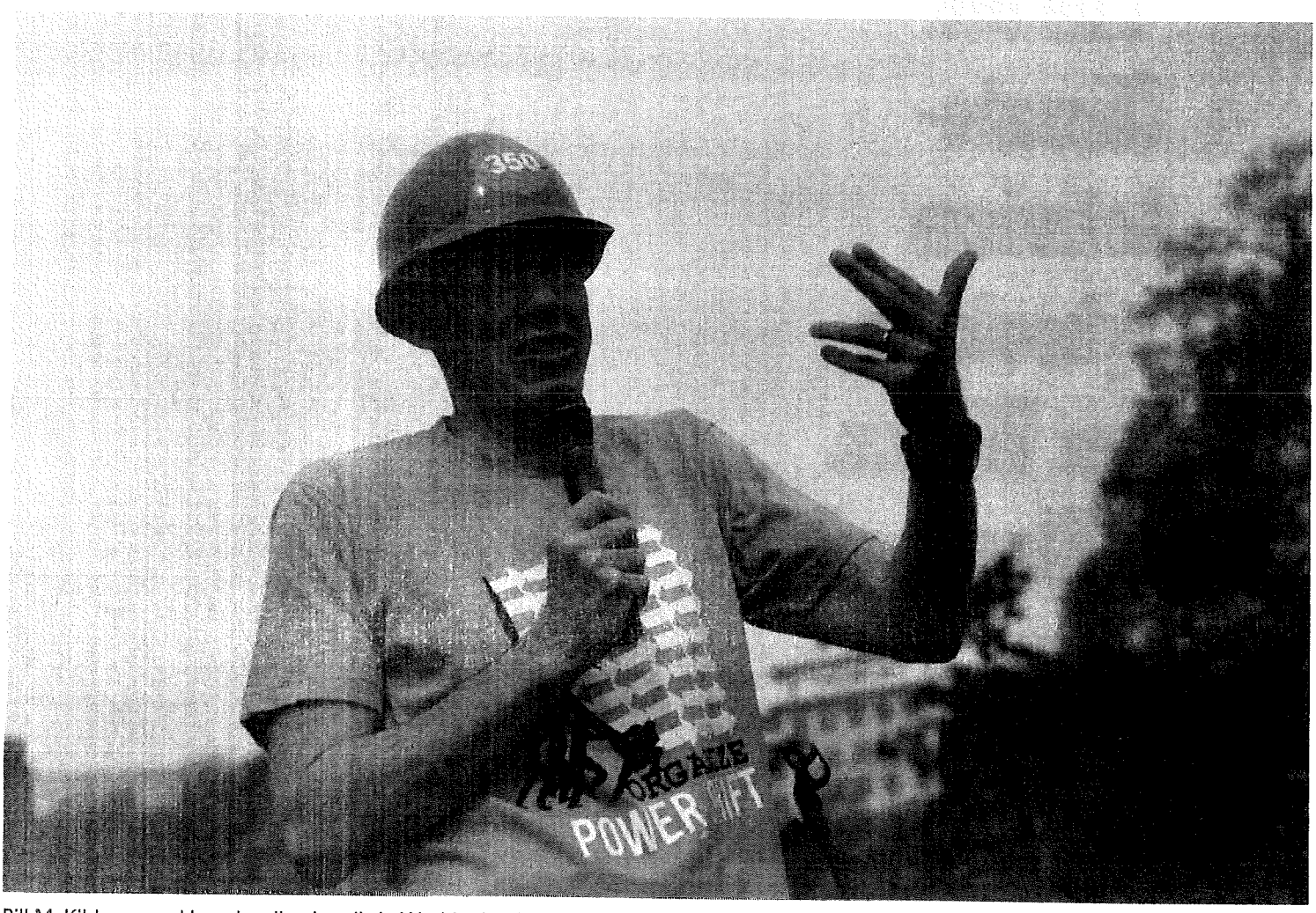
Illustration by Hayley Wall

By Christina Cauterucci
Sept. 5, 2025

At the end of a long dirt road through Vermont's Green Mountains, Bill McKibben sat on his screened-in porch, surrounded by birdsong and the drone of buzzing insects. The July sun beat through a canopy of trees. McKibben sipped a cup of green tea and pointed outside, to the ground just past the edge of the house, where an array of solar panels tilted toward the late-morning sky. The roof, too, was loaded with panels of different vintages. "I've been putting them up at intervals for a quarter century," he said.

Few climate activists have participated in more eras of the environmental movement than McKibben. In 1989, at age 27, he published "The End of Nature," often described as the first book on global warming for lay readers, which became an international best seller. Then he turned to activism, eventually shifting his focus from combating the "greenhouse effect" to organizing pipeline protests and fossil fuel divestment campaigns. Over the decades, he has evolved from a concerned observer to an elder statesman of the climate movement.

I met McKibben at a uniquely bleak time for that movement. Republicans in Congress had shredded the Inflation Reduction Act, a Biden administration law meant in part to lower greenhouse gas emissions, and President Trump was making every effort to thwart progress on renewables while boosting the oil-and-gas industry. The president had also pulled the United States out of the Paris Agreement, a climate accord that advocacy groups had helped catalyze. "In certain ways, it's the darkest moment," McKibben said.



Bill McKibben speaking at a climate rally in Washington in 2011. Zuma Press/Alamy

He'd been coping by throwing himself into a new project. On Sept. 21, McKibben will spearhead a national "day of action" called Sun Day, for which activists across the country are organizing local events to hype up solar power and energy-efficient innovations. There will be electric-car shows, open houses at all-electric solar homes and solar installation tours. In August, McKibben also published a book on solar and wind power called "Here Comes the Sun." He wants to convince Americans that renewable energy is not a pricey, boutique alternative, but the accessible, abundant, cost-effective future of electrified life — no longer the Whole Foods of energy, as he put it, but the Costco.

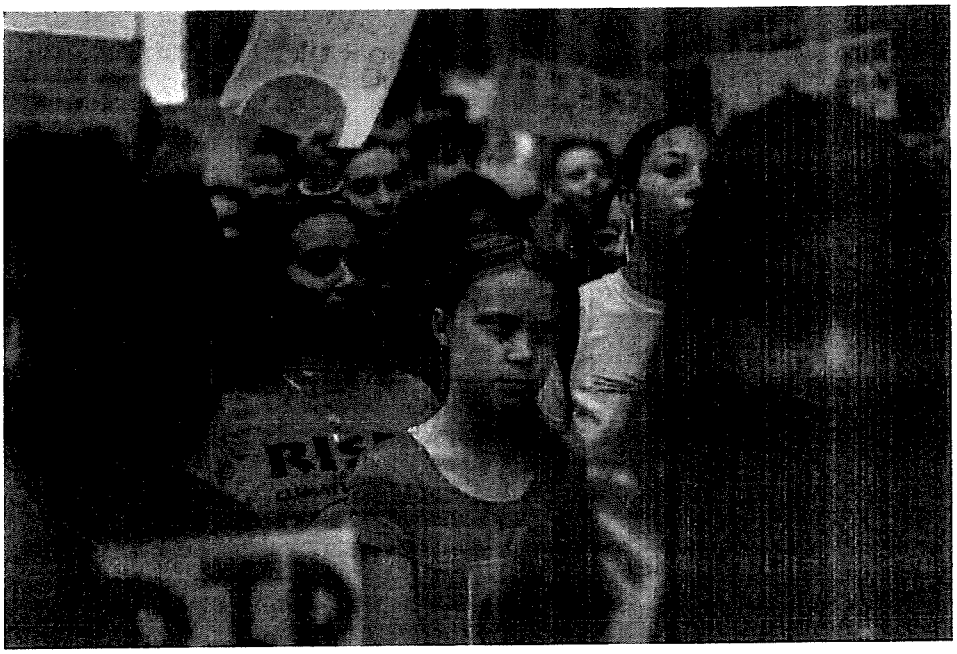
With Sun Day, McKibben hopes to recapture the spirit of the first Earth Day, in 1970, the earliest wide-scale mobilization of the environmental movement, which helped catapult issues like pollution and conservation onto the national agenda. Like Earth Day, McKibben told me, Sun Day is meant to be "a

giant potluck supper" for activists around the country: "We've set the date and the theme, and everyone's bringing their own dish to the floor."

In some ways, focusing on renewable energy right now is a logical bet. In March, the United States hit a new milestone when fossil fuels generated less than half the nation's electricity. In June, solar was the largest source of electricity for the European Union for the first time ever. Last year, over 90 percent of new power globally came from clean-energy sources. The United Nations announced in July that solar power is now on average 41 percent cheaper than fossil fuels. "For the very first time in this saga, the force of economic gravity is working in the right direction," McKibben said. His hope is that engaging people in small ways, where they live, could hasten the clean-energy transition that is already underway in the U.S.

But Sun Day also feels like a tactical swerve for McKibben. Climate activism over the past decade has been defined by global protests against fossil fuels, by Greta Thunberg's student strikes, by the emergence of the Sunrise Movement. McKibben has been among the strongest exponents of that era's climate-activism strategy — confrontational, morally stark, bent on shutting down economic activity that endangered humanity in the long-term even if it meant reducing corporate profits and curtailing Americans' lifestyle options in the short term.

Now McKibben is taking a different tack, one that seems to share a message with a more moderate, adaptationist wing of the climate world while also harking back to the innocence and idealism of Earth Day. "This is clearly the thing that we can work on at the moment that stands a chance of making a difference," he told me. His own shift in strategy comes as many activists are asking themselves some difficult questions: What has climate activism really given us? And where should it go from here?



Greta Thunberg protesting for climate action in 2019. Michael Nigro/Associated Press

American public opinion on climate has arrived at a complicated juncture. In a Gallup poll this year, a record 48 percent of respondents said that global warming will pose a "serious threat" to them or their way of life. People can feel the hotter summers, the snowless winters, the hurricanes raging harder. Some surveys have found evidence among Republicans, too, of a willingness to link extreme weather to climate change. Yet when asked to rank the issues that affect their votes, Americans regularly place climate near the bottom of the list.

And so for many people who are passionate about the climate threat, recent years have inspired a difficult reckoning about the power of climate activism and its limits. "You can make a pretty decent case that everything that I've worked on in my entire professional life has gone down the toilet in the last six months," said Denis Hayes, 81, a longtime environmental activist who was the lead organizer of the first Earth Day, when we spoke in July. Varshini Prakash, 32, a co-founder of the Sunrise Movement, told me that she once believed activists could pressure governments to make changes that might stop global warming outright. Now, she said, "I think that window has closed, and perhaps it never really existed."

There was a moment, five and a half decades ago, when such a window seemed to swing open. On April 22, 1970, Hayes sat in the back of a truck, marveling at the biggest crowd he had ever seen. The throng of demonstrators stretched so far down New York's Fifth Avenue that it seemed to disappear over the curvature of the earth. "It was like looking at the ocean over the horizon," Hayes told me.

Earth Day began in a meeting room above a fast-food restaurant in Washington, D.C., where Gaylord Nelson, a Democratic senator from Wisconsin, had tasked a group of mostly 20-somethings with planning a national day of environmental action. A friend of Nelson's had offered them free office space in a downtown building, but the activists worried it seemed too corporate. So they found some grungier digs where smoke from the downstairs burger joint blew through the ventilation system. Hayes, then 25, and the other organizers took out a full-page ad in The New York Times: "On April 22," it read, "we start to reclaim the environment we have wrecked."

Hayes had anticipated a good turnout for Earth Day. But he certainly wasn't expecting it to draw some 20 million participants across the country, which at the time made it the largest single-day demonstration in the U.S. to date, on any issue. The mayor of New York City let them take over 45 blocks. "That was when it suddenly hit me," Hayes said. "This was really a massive new potential political force that we were unleashing on the country."

On the first Earth Day, in 1970, demonstrators in New York spanned 45 city blocks. Leonard Freed/Magnum Photos

In those days, city skies were dark with smog. Pesticides were rampant. In 1969, oil slicks defiled the beaches of Santa Barbara, Calif., and caught fire on Cleveland's Cuyahoga River. The environmental devastation that had accompanied the nation's economic growth was largely taken as a given. "There were all kinds of individual efforts to deal with particular issues, from sprawl to pollution to endangered species," said the environmental historian Adam Rome. But until Earth Day, "no one had a sense that they all were part of one big cause."

That mobilization came on the heels of the civil rights era, a time of great confidence in the power of grass-roots activism to produce radical change. A White House poll in 1969 found that 1 percent of respondents thought protecting the environment was important; by 1971, one-quarter did. Little political opposition rose up to meet Earth Day outside the far-right John Birch Society, which labeled it a communist plot. Congress closed for the day, and two-thirds of its members spoke at Earth Day events.

Within three months, Richard Nixon introduced the Environmental Protection Agency; within three years, Congress passed the Clean Air Act, the Clean Water Act and the Endangered Species Act. Leaded gasoline was phased out. Superfund cleanups were phased in. One survey showed concern about air pollution doubling over the course of just three years during the mid-1970s.

Ronald Reagan's election in 1980 helped spur a new generation of environmental activists, McKibben among them. McKibben has written that, as a student at Harvard on election night, he "got grimly drunk," spending the next day in bed before waking to write a Harvard Crimson essay about America's turn away from moral responsibility and collectivist thinking. After graduation, McKibben became a staff writer at The New Yorker.

In 1988, the NASA scientist James Hansen testified to the Senate that burning fossil fuels was heating the Earth, helping to reframe the national debate as one about human-made climate change rather than just environmental preservation. Through the years that followed, political opposition intensified. In 1997, McKibben — who by then had moved into organizing — attended the U.N. gathering that yielded the Kyoto Protocol, a landmark treaty committing developed nations to reducing emissions. After the agreement was reached, McKibben found himself next to a fossil fuel lobbyist who had formerly worked for an automobile trade association. The lobbyist told McKibben he was "eager to get back to Washington, where we've got all this under control."

"I thought he was kind of whistling past the graveyard," McKibben said. "But he had a better sense of the political realities than I did."

In 1990, 73 percent of Gallup poll respondents called themselves "environmentalists." A decade later, this had fallen to 47 percent. Still, a strong majority of Americans in one 1997 Pew survey said they would accept higher gasoline prices if it would help mitigate climate change.

McKibben, meanwhile, spent years trying out different forms of climate activism. In the early aughts, he started a campaign against S.U.V.s; activists picketed car dealerships and offered test drives in their Priuses. Some evangelical communities joined in under the slogan "What Would Jesus Drive?" "It was good, and obviously it was a failure," McKibben said. "Americans just kept driving bigger and bigger and bigger cars."

So he changed course. In 2008, he founded 350.org with some recent Middlebury College graduates, aiming to organize grass-roots climate action and fight the fossil fuel industry. After Barack Obama's election, advocates zeroed in on the Keystone XL pipeline, which would carry bitumen from Canada to the Gulf Coast. Indigenous activists organized protests over the pipeline's proposed route through Native lands. In 2011, McKibben helped coordinate a 10,000-person demonstration encircling the White House. When Obama rejected the pipeline in 2015, it seemed to many like proof of concept for climate organizing.

Then came the Sunrise Movement, founded in 2017 by young people who had mostly gotten their starts pushing for universities to divest from fossil fuels. Earlier organizations had often depicted climate change as a problem for lonely polar bears on ice floes, but Sunrise wanted to highlight its effects on the everyday lives of people. The group framed climate as a social-justice issue and became known for aggressive tactics like bird-dogging Democratic politicians who didn't support climate legislation. When the Inflation Reduction Act passed in 2022, many saw it as a watered-down version of Sunrise's demands.

A Sunrise Movement protest in Washington in 2021, pushing for government action on climate change. Evelyn Hockstein/Reuters

These were also the years when the Paris Agreement was adopted, propelled partly by activists from small island nations, and when Thunberg began skipping school on Fridays to protest for climate action. In the lead-up to the 2021 U.N. climate conference in Glasgow, the visibility of those demonstrations helped pressure dozens of banks to pledge to reach net-zero emissions across their investments by 2050. In those days, one could look around and easily believe that this brand of in-your-face climate activism might win the future — that activists could push people in power to keep fossil fuels in the ground.

But the breakthroughs didn't last long. The problem wasn't just Trump; over the past few years, climate has receded as a priority throughout the political and corporate worlds. "The banks and others who made commitments at Glasgow just turned out to be liars," McKibben said. According to Luisa Neubauer, 29, a prominent activist who helped organize school strikes in Germany as a college student, momentum among young climate advocates petered out for several reasons, including the pandemic, the challenge of keeping students engaged after graduation and Israel's war on Gaza, to which many activists — including Thunberg — turned their energy. "We were on the streets, hundreds of people, every Friday," Neubauer said. "Were they seriously thinking that teenagers would do this for a decade?" On the weekend of Sun Day, she plans to join a series of demonstrations called Draw the Line, which 350.org helped organize. Though Neubauer will be focusing on clean energy, these protests illustrate the expanded range of priorities for young activists now: Draw the Line is pushing not just for a transition away from fossil fuels but for the redistribution of global wealth and an end to wars and genocide.

The climate activism of the last 15 years wasn't fruitless. Prakash believes the divestment effort didn't just lead hundreds of institutions to take their money out of fossil fuels; it also mainstreamed the idea that "we were fighting with fossil capital," not just climate ignorance. One study found that 350.org's divestment campaigns shifted public debate by providing a radical flank, such that more moderate calls to climate action seemed reasonable by comparison.

Still, Prakash worries that the era of digital organizing that arose in the 2010s saw organizations reactivate the same people again and again, without making moves to engage a broader audience that might have notched more political wins. Among her peers, she sees mounting frustration with the climate movement's strategies of the past few years — "a tendency toward over-mobilization," she said, "with diminishing impact."

With the sun high in the sky, McKibben and I climbed into his electric Kia, which was cluttered with outdoor gear. On the way to visit a solar installation in a neighboring town, he crossed a double-yellow line to zoom past a slowpoke on the road, showing off an impressive rate of acceleration. "Electric cars!" he exclaimed.

McKibben makes a very compelling pitchman. He is tall and wiry, his brows perpetually furrowed, giving him a look of mild alarm. As he talks, he slides easily from wide-eyed enthusiasm ("The liberating effects of clean energy are astonishing") into a mode of urgent admonition (on clean energy, "the Chinese are going to completely own the future"). And he knows, perhaps better than anyone, how difficult the climate movement is to brand.

One of McKibben's goals for Sun Day was to urge officials in blue states and cities to remove permitting barriers for solar installation. But "if you set out to do a campaign about solar-permitting reform, the problem is that you've now picked a couple of the most boring words in the English language," he said.

He originally wanted to call his day of action Sky Day, to encompass both solar power and carbon emissions. But when a design firm ginned up ideas for logos, every option depicted the sun. "It just became clear to me that you can't really draw a picture of the sky," McKibben said. He decided that there was also a catchy symmetry to the sun's role in the problem of climate change. "We've managed to screw up our relationship with the sun," McKibben said. "We're trapping too much of its heat, and now we have to fix that relationship. It just so happens that the sun provides the easiest way." The Sun Day website invites people to submit their own drawings of the sun, examples of which flash brightly across the homepage.

Positioning Sun Day politically was a challenge, too. Jamie Henn — a climate activist who co-founded 350.org with McKibben and has been working on Sun Day — said in a recent interview with the podcast Volts that, when they began organizing Sun Day, he thought, "One of the things that the clean-energy movement needs is a really good villain." But then they tested some language along the lines of "Big Oil is standing in the way of solar. Trump doesn't want you to have it." The response, Henn said, was more or less: "I don't want to hear this stuff — like, I'm already depressed."

Even in simpler times for environmental activism, messaging could be tricky. In 1970, Senator Nelson originally conceived of Earth Day as a nationwide "Environmental Teach-in" on college campuses. But Hayes and his staff found that the name turned people off. "It was academic, and it sounded a little bit preachy, and it sounded passé," like a relic of the Vietnam years, Hayes told me. Then, one day, an advertising executive who had created Volkswagen's "Think Small" campaign swung by their office and offered to help. He mocked-up ads on newsprint, each with a different name: World Day, Ecology Day, E-Day, Earth Day. Hayes found that there was something about the name of the planet that spoke to their bohemian moment. "'Earth Day' just rang my chimes," he said.

The 1970 Earth Day was the country's largest single-day demonstration to date, on any issue. Paul Fusco/Magnum Photos

Right now, there are two main stories of climate transition unfolding side by side. As the sea ice melts and temperatures rise, renewable energy has never been cheaper or more accessible. "There's a kind of Hollywood quality to the whole thing, that they're happening at exactly the same time," McKibben said.

Accordingly, many politicians and corporate leaders in the U.S. and beyond have pivoted from framing climate action as a moral or collectivist imperative to an economic one — a matter of capitalizing on technological opportunity. The Council on Foreign Relations has named its latest initiative "Climate Realism," which could hardly feel further from the utopian "We Are the World" tone of Earth Day.

So in some ways, Sun Day's messaging seems neatly customized to the current era. McKibben said that he hopes decision makers who were not swayed by campaigns to tax carbon emissions may, under pressure from activists, buy into a framework centered on affordability. Much of the language on the Sun Day website has a plain-spoken pragmatism — "Solar energy is now the cheapest source of power on the planet" — that feels more like an appeal to individual priorities than communal ones.

Still, you can see plenty of the old attitude, too. "We all feel better when the sun comes out, so let's be the bright light of hope that changes the world," the website says. On the weekend of Sun Day, in Yellow Springs, Ohio, musicians will play on the porches of solar-powered houses. In Taos, N.M., children will race solar toy cars and construct sun hats. McKibben had originally called for every home with solar panels to shine a green light through a window that night, but nixed this idea after realizing, he said, that most people don't own green lights.

McKibben and I arrived at a solar array behind an elementary school, surrounded by an untamed field of flowers and stalks. Walking between the rows of panels, he told me that he thinks the time is ripe for the expansion of solar projects like this one, which he wants Sun Day to support. Despite the dominance of the fossil fuel lobby, he sees an opening for common ground. "I think conservatives are very taken with the idea that, 'Give me some panels and my house really is my castle; I don't have to depend on anyone for anything,'" he said. "And liberals are all like, 'It's networked the groovy power of the sun into a clean grid!'"

But advance reactions to Sun Day suggest that this common ground might not be so easy to locate. Dana R. Fisher, a sociologist who studies climate activism, worries that the whole idea seems "tone deaf, and maybe a little naïve" alongside the G.O.P.'s blows to clean energy. She is doubtful that an event applauding people for purchasing heat pumps will do much: "We don't really need any more kumbaya at this point," she said. She wonders if Sun Day will "backfire, because some people are going to celebrate these little individual actions that have no real effect on getting us where we need to go. And everybody else is going to just laugh at these attempts to shine light on these small glimmers of hope in despair."

On the other ideological end of the climate movement, Ted Nordhaus, who runs the environmental think tank Breakthrough Institute, doesn't believe the climate movement is capable of pivoting to economic practicality. He thinks that a fixation on solar and wind instead of, say, nuclear power is not a way to bring

new people on board but "a rear-guard defense of, literally, ideological commitments that have defined this sort of underlying environmental view of energy since the mid-1970s." Sun Day, in his view, "is a nostalgia for the old environmental politics that's just dead."

McKibben during a protest against fossil fuels in 2024. Eduardo Munoz/Reuters

These two critiques from opposing directions capture a key tension within the climate movement. The activist, grass-roots side tends to want bold political action and a message that doesn't sugarcoat or soften the threat of climate change. The other side wants political and economic realism and an end to so-called climate scaremongering. It's hard not to wonder if catering to everyone is a near-impossible project, one that risks having a constituency of zero.

I asked McKibben if he saw Sun Day as a push for climate activism to align itself with the "abundance" movement's primary instinct: the idea that the only way forward is building, that the only political path is to create the world that has to replace our own. "I do think we need a new world," he said. But he is resistant to framing Sun Day in fully economic terms. After all, many in the abundance movement support fossil fuels; some conservatives have glommed on to its message as a way to empower corporations to build whatever they want. Sun Day is partly "pragmatic and about cost," McKibben said, but it's also about "beauty and liberation." When I mentioned that I'd heard criticism of Sun Day as wishfully retrograde, he gave me a resigned smile. "I'm always happy to be called naïve," he said.

After we visited the solar panels, we stopped for creemees — Vermont's take on soft serve — and took our cones to go. As we drove through the Green Mountains, McKibben reflected on what the future of this place might hold. "I was very attached to winter," he said. "The sap in the maple trees would be cracking and swelling, and limbs cracking. You'd hear popping at night." But "we really haven't had *cold* weather in years now." He looked down at his lap, where a chocolaty puddle was forming on his pants.

In McKibben, you can see climate activists' particular bind: the dual imperative to provide both real talk and inspiration, the way the grim facts are always fighting with an uplifting, imagined future. When he talks about renewables, he can sound as much like a philosopher-poet as a clean-energy expert. Solar power, he said, is about "bringing our local star down to Earth so we can make use of it." This kind of rhetoric might be a tonal mismatch for our moment. It might not ignite a broad, popular movement. Then again, no one knows what will.

For all the work McKibben was putting into Sun Day, he's not sure if it will continue beyond this year. If it does, someone else may have to lead it. "I'm getting old," he told me. But he's far from alone in trying to figure out a path for the climate movement. Neubauer told me that young activists have been asking her lately how they can recapture the excitement of the prepandemic student strikes. Instead of trying to get back to 2019, she wants them to think of imitating the years *before* that. What were activists doing in that time of less momentum — when Trump was elected, and Brexit passed, and wildfires decimated Europe? "We need to fight the cynicism a bit more effectively than we're doing right now," Neubauer said.

Prakash, meanwhile, believes that the firsthand experience of extreme weather is what will urge people to political action, the way oppressive pollution did in the lead-up to Earth Day. The question for the climate movement in the next decade, she said, is not just how to limit warming as much as possible but how to help communities recover from natural disasters as they come with greater frequency and ferocity.

She feels encouraged by some new projects, like the Make Polluters Pay campaign, which seeks to sue fossil fuel companies for damages in proportion to their contribution to emissions. She thinks it may be this decade's version of the divestment campaigns of the 2010s. Prakash sees potential, too, in Sun Day's economic argument for solar and wind. "I think it's an interesting experiment," she said, "in trying to take the fight around renewable energy to a wider audience than just the climate left."

As McKibben and I wound through the mountain roads in his Kia, dense foliage crowding in on the pavement, he recalled the exact moment when he decided to start planning Sun Day in earnest. Last summer, he watched the solar eclipse from Middlebury's campus, smack-dab in the path of totality. It had been a while since he'd seen the student body so excited. "It was the biggest event in Vermont in ages," McKibben said. He stood there on the quad and took it in: hundreds and hundreds of students, craning their faces upward, rapt. "Happily," McKibben said, "they had a deep affection for the thing we most need to get us out of the jam we're in."

Christina Cauterucci is a senior writer at Slate and host of the podcast "Outward."

Titelthema

Selbst schuld?

Leider kämpft die politische Linke nicht mehr um die Mitte, sondern gegen sie. Zur Freude der Rechten VON JENS JESSEN

Vielleicht ist es noch zu früh, von einer politischen Zeitenwende zu sprechen, aber mit Alarm und Protesten ist es auch nicht mehr getan: Rechte und rechtsradikale Bewegungen haben derzeit einen beängstigenden Erfolg. Konservativ wird man jedenfalls die Regierungen und Parteien nicht mehr nennen wollen, die in der westlichen Welt an die Macht gelangt sind oder gute Aussicht haben, an ihr beteiligt zu werden. Sie wollen nichts bewahren, sie arbeiten mit der Abrissbirne und der Kettensäge. Ihr Erfolgsgeheimnis ist der Hass.

Diese rechten Parteien sind selbst Protestparteien – das macht sie in gewisser Hinsicht immun gegen Proteste. Sie hetzen gegen das bestehende »System« und die »Eliten«, wie einst die Linke des vorigen Jahrhunderts, aber mit dem entscheidenden Unterschied: Die Eliten werden jetzt ihrerseits als links angesehen und das Bestehende als ein System linker Bevormundung und Denkverbote. An nichts berauscht sich die Wut der neuen Rechten von der Lausitz bis Texas so sehr wie an Wokeness, Diversity, Gendergerechtigkeit, feministischen oder antirassistischen Sprachregelungen. Man könnte geradezu sagen: Wokeness und die damit verknüpften Beschränkungen der öffentlichen Rede sind das größte Geschenk, das die Linke der Rechten machen konnte.

Die von Meinungsumfragen immer wieder zutage geförderte Formel: »Man traut sich ja nichts mehr zu sagen«, mag sie noch so dumpf empfunden oder bloß kokett sein, ist der Urstoff, aus dem die Rechten, von der AfD in Deutschland bis zu den Republikanern in den USA, die Litanei ihrer Propaganda spinnen. Und tatsächlich gibt es ja linke Diskurswächter, die es schon für ausländerfeindlich halten, von Clankriminalität zu sprechen, für antimuslimisch, das Kopftuch problematisch zu finden, und für sexistisch, mindestens für »transphob«, an der Existenz zweier biologischer Geschlechter festzuhalten. Wenn es der Linken wirklich darum ginge, die Rechten kleinzuhalten, müsste sie die Produktion dieses Unfugs herunterfahren und sich ernsthaft fragen, ob sie als zuverlässigster Munitionslieferant rechter Propaganda weiterarbeiten will.

Aber geht es der Linken darum, die Rechten kleinzuhalten? Oder will sie von deren Aufstieg profitieren? Der wundersame Mitgliederzuwachs zum Beispiel der deutschen Linkspartei war eine vielfach bekundete Reaktion auf das Erstarken der AfD. Vor allem bei jüngeren war der Eindruck verbreitet, andere linke Parteien, die Grünen wie die SPD, zeigten unzureichend klare Kante gegen die rechte Gefahr.

Das hat auch mit der Flüchtlingsfrage zu tun. Unterstellt man, sie sei der wahre Grund für den Aufstieg der AfD, dann haben die pragmatischen Teile von SPD und Grünen recht, Asylverfahren und Migrantenströme strenger zu regulieren und sogar die CDU dabei zu unterstützen. Zugleich wäre das aber ein Verrat an ältesten Prinzipien linker Solidarität, erst recht der neulinken Grundüberzeugung, der Westen sei an den Flüchtlingen selbst schuld, wie überhaupt am Elend der Welt, und habe dafür zu büßen und zu bezahlen. In dieser Sicht geht es der deutschen Bevölkerung noch viel zu gut – und wenn eine Kommune auf ihr Schwimmbad verzichten muss, um die Versorgung der Flüchtlinge zu finanzieren, dann wäre es das Mindeste, zu dem sie moralisch verpflichtet sei. Eine solche Zurücksetzung der einheimischen Bevölkerung, ihre vermeintliche Benachteiligung gegenüber den Flüchtlingen, ist aber genau das, was die AfD am liebsten anprangert – und noch dazu das, worüber ihrer Propaganda nach nicht mehr offen geredet werden dürfe.

So befeuern sich die politischen Extreme gegenseitig. Das ist ein so altbekannter Mechanismus, dass man sich fast wundert, wie immer nur die Polarisierung beklagt, aber nie das untergründige Zusammenwirken der Pole bemerkt wird. Man wundert sich aber nur fast, denn das verbreitet treuherzige Politikverständnis schließt den Gedanken aus, dass heldenhaftes Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung den Rechten nützen könnte. Erst recht die postmarxistische Linke von heute hat das dialektische Denken verlernt und empfiehlt sich völlig unreflektiert als Heilmittel gegen rechts, ohne das spiegelsymmetrische Verhalten der Rechten wahrzunehmen, die sich als Heilmittel gegen links empfehlen.

Die Linke profitiert ganz arglos davon, mit ihrem Dogmatismus den Gegner zu stärken. Aus den nordamerikanischen Universitäten, die jetzt von Trump drangsaliert werden, ist noch kein Zweifel laut geworden, ob sie mit ihren identitätspolitischen Exzessen und Gender-Lehrstühlen nicht auch den Aufstieg ihres Peinigers gefördert haben könnten. Erst recht zeigen die italienischen Linksparteien nicht den Hauch einer Einsicht, dass sie ihre Dogmatismen bis zu jener Zersplitterung getrieben haben, die den Wahlerfolg von Giorgia Meloni erst möglich gemacht hat. Sie alle sind in dem Bewusstsein ihrer moralischen Überlegenheit so gefangen, dass sie nicht einmal ahnen, wie abschreckend eine solche Moral auch wirken kann – selbst auf den unschuldigsten Bürger.

Der konservative Kulturstaatsminister Wolfram Weimer hat neulich, ebenso richtig wie naiv, erklärt, AfD und Linkspartei seien gleichermaßen schlecht für Deutschland. Richtig ist das insofern, als er dabei an das Deutschland denkt, wie es derzeit gesellschaftlich und politisch verfasst ist. Sowohl die AfD wie die Linkspartei (und Teile der Grünen) wollen aber ein ganz anderes Deutschland. Sie werden mit dem Vorwurf nichts anfangen können – sie tun ihrem Selbstverständnis nach nichts Schlechtes, denn schlecht ist für sie ja das Bestehende, das sie verbessern wollen (die Grünen), vom Kapitalismus und der Nato befreien wollen (die Linkspartei) oder das sie gänzlich beseitigen wollen (die AfD).

Die politischen Extreme befeuern sich gegenseitig

Themenschwerpunkt

Welche Verantwortung haben die Linken am Aufstieg der Rechten? Dazu finden Sie weitere Beiträge auf www.zeit.de/selber-schuld

1. Interview mit der Philosophin Nancy Fraser: »Rechtspopulisten haben dann aber doch etwas, das Linken fehlt«

2. Community-Umfrage: Warum haben Sie sich von SPD und Grünen abgewandt?

3. Datenrecherche: Alle reden vom Rechtsruck, doch die meisten Leute vertreten unverändert liberale Positionen

4. Essay der Autorin Rabea Weihser: Woke ist nicht tot

Man muss sich den grundsätzlich antikonservativen Impuls beider Lager so klar wie möglich machen, um zu verstehen, dass sie nicht nur gegenseitig verfeindet sind, sondern auch einen gemeinsamen Feind haben: die träge, veränderungsscheue Mitte der Gesellschaft. Sie ist es, die – je nach Standpunkt der Kritiker – die Energiewende verhindert oder die Rentenreform, die Aufrüstung oder die Verständigung mit Russland, die Unterstützung Israels oder der Palästinenser, eine großzügige Flüchtlingsaufnahme oder die vermeintlich dringende »Remigration«.

Die Mitte wird dabei nicht als neutral angesehen, sondern bereits als Beute des Gegners. Insbesondere die linken deutschen Parteien sind in ihrem überschießenden Verdacht längst dazu übergegangen, auch weite Teile von CDU- und FDP-Wählern dem rechten Lager zuzuschlagen. Bezeichnend dafür ist die rituelle Klage, dass rechtes Gedankengut »schon in der Mitte angekommen« beziehungsweise »salonfähig geworden« sei. Ganz ähnlich verfährt die AfD, die im Grunde das ganze Land, sich selbst ausgenommen, als »linksgrünversifft« betrachtet. Der Kampf zwischen links und rechts wird so nicht als Wahlkampf um die Mitte ausgetragen, die man je zu sich hinüberziehen will, sondern als rhetorischer Kampf gegen die Mitte, der man unterstellt, jeweils schon heimlich dem anderen Lager anzugehören.

Gleichwohl verhalten sich die Lager dabei nicht ganz symmetrisch. Obwohl die AfD bekanntermaßen nicht mit Einschüchterung spart, verfährt sie doch im Umgang mit den zaudernden Bürgern der Mitte nach der Devise: Auch wenn ihr uns heute noch nicht wählt, seid ihr doch mit dem Herzen schon bei uns. Ganz anders die Linke. Sie geht davon aus, dass jenseits von ihr gar keine anständigen Menschen mehr existieren. Wer sich nicht als links und Migrationsfreund bekennt, gilt schon als rechts, wer sich nicht vegan ernährt und kein Lastenfahrrad fährt, ist ein Klimasünder, wer Israel unterstützt, ein kolonialistischer Ausbeuter des Globalen Südens, wer nicht gendert, ein Frauenfeind, und so weiter.

Die Linke in Deutschland und den USA, in Ansätzen auch schon die in Frankreich, hat einen dermaßen exklusiven Begriff von Humanität entwickelt, dass für sie im Grunde keine akzeptablen Bündnispartner mehr existieren – und auch keine neuen Wähler. Der politische Schaden ist enorm. Auf diese Weise wird, noch bevor eine rechte Regierung an die Macht kommt, im Grunde schon eine rechte Mehrheit unterstellt. Fataler noch: Wo eine rechte Regierung bereits an der Macht ist, muss in der Konsequenz gelten, dass sie die böse Masse des Volkes legitimerweise repräsentiert.

Lang ist die Zeit her – und vielleicht auch vollkommen vergessen –, in der die linken Parteien sich als Anwälte des einfachen Volkes verstanden und gegen die Unmoral der Bourgeoisie antraten. Heute rekrutieren sich die linken Parteien – auch die deutschen Grünen – aus dem Bürgertum und blicken voller Abscheu auf die Unmoral des Volkes, das sich mit der Migrationspolitik nicht arrangieren kann. Für rechte Politiker, für Orbán und Meloni, für Trump und Marine Le Pen, erst recht für Alice Weidel, hat das den unschätzbaren Vorteil, den einfachen Mann als natürlichen Freund ansprechen zu können. Du bist das böse Volk? Komm zu uns, wir sind die passend bösen Politiker dazu.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, sich die gewaltbereiten Sympathisanten und Aktivisten beider Lager anzusehen. Auch wenn man sie den Parteien nicht zurechnen kann, verschwimmen doch die Milieus, und selbst Teile der verfassungstreuen deutschen Grünen erliegen regelmäßig dem Reflex, nach linksautonomen Ausschreitungen die Schuld erst einmal bei der Polizei zu suchen. Anders im Falle der radikalisierten AfD: Hier wirkt es inzwischen schon so, als triebe der gewalttätige Untergrund die Partei vor sich her.

Aber wie immer man das zuspitzen möchte, der entscheidende Unterschied ist ein anderer: Rechtsextreme Attentate richten sich gegen Migranten, Homosexuelle, Juden – also gegen Minderheiten. Linksextreme Attentate richten sich gegen die Mehrheit – durch Anschläge auf Stromtrassen, auf die Bahn, auf parkende Autos, durch die »Klimakleber« auch auf den Straßenverkehr. Es geht gegen Mobilität und Infra-

Fortsetzung auf S. 39

Illustrationen: Erich Brechbühl für DIE ZEIT; Tyler Spangler für DIE ZEIT (m.)

struktur und das Funktionieren des Staates – also gegen das Wohlbefinden der Mitte, die es sich in Klimasünde und Konsum bequem macht.

Selbstverständlich wird man die Politiker und Vorstände der linken Parteien nicht für Exzesse der Aktivisten verantwortlich machen können – sie haben sich deutlich genug und oft mit Abscheu geäußert –, aber sichtbar wird gleichwohl, was der Gefühlshaushalt des Milieus gebietet. Weder sollen Wähler von der AfD zurückgewonnen noch gar die politische Mitte gegen die Versuchungen von rechts gestärkt werden. Im Gegenteil wird behauptet oder herbeifantasiert, dass sich schon jetzt eine linke Regierungsmehrheit jenseits der Mitte herstellen lassen müsse, wenn nur Grüne und Linkspartei und SPD und die abgesplitterte Wagenknecht-Partei zusammenfänden.

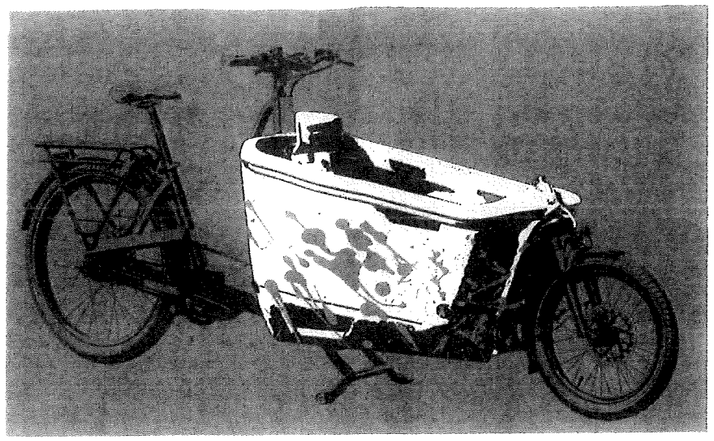
Die Aussicht würde allerdings von einem großen Rest der Bevölkerung als Bedrohung empfunden. Um das zu verstehen, muss man sich für einen Moment von der Frage lösen, wie berechtigt die linken Forderungen nach Wokeness, klimabewusstem Konsumverhalten und so weiter wirklich sind. Gänzlich unberechtigt sind sie gewiss nicht. Man muss sich auch von der Frage lösen, inwieweit sie überhaupt durchsetzbar wären gegenüber Bürgern, die sie als übergriffig wahrnehmen. Die Durchsetzung ist aber nicht der Punkt. Die empfundene Bedrohung geht bereits von dem politischen Wunsch aus, in das persönliche Sprachempfinden und Alltagsverhalten der Bürger hineinzuregieren.

Menschen ideologisch bekehren und umerziehen zu wollen, macht immer Angst. Und tatsächlich sind schon in Unternehmen und anderen Institutionen Kurse nahegelegt worden, in denen die Teilnehmer lernen müssen, ihre weiße, männliche oder europäische »Privilegiertheit« zu durchschauen, mit anderen Worten: ihre Sündhaftigkeit zu erkennen und Umkehr und Buße zu üben.

So ähnlich gehen Sekten vor, denen Passanten zufällig in die Fänge geraten. Aber da hier kein Zufall waltet, drängt sich eher ein Vergleich mit der kolonialen Heidenmission oder den Exzessen der Gegenreformation auf. Der Blick in die Religionsgeschichte genügt, um zu erkennen, wie viel Schrecken die Drohung mit Zwangsbekehrungen auslöst. Man kann sich aber auch an die jüngere Geschichte halten, an die Umerziehungslager in der Sowjetunion und China, um die Retraumatisierungsängste ostdeutscher und anderer Bürger des einstigen Ostblocks zu erahnen.

Ähnlich wie bei den staatssozialistischen Forderungen nach »Parteilichkeit« und »Klassenbewusstsein« handelt es sich auch hier nicht um Vorgaben, denen man sich murrend und zum Schein beugen kann. Innere Zustimmung wird verlangt. Bei Teilen der deutschen Grünen kommt noch etwas anderes hinzu: Selbst wenn man ihre Politik in gewissen Punkten richtig findet, etwa die Klimapolitik unterstützen wollte, könnte man sich ihnen nicht einfach so anschließen, wie man der CDU beitreten könnte, weil man viele, obgleich nicht alle Ziele teilt. Vielmehr gerät man in eine Weltanschauungsgemeinschaft, der man nach Sprach- und Lebensstil, nach Kleidung und Alltagsgewohnheiten genügen muss. Nicht grillen! Nichts aus Leder tragen, keinen »überzüchteten« Rassehund, sondern einen Mischling halten, muslimischen Familiensitten keine Frauenverachtung vorwerfen, sondern nur dem »weißen« Mann. Kinder sollten im Wickeltuch am Leib getragen werden, vorzugsweise vom Vater. Ein Waldorfkindergarten wird empfohlen.

Das alles muss man sich leisten können, womit denn auch das undurchschaute Klasseninteresse des Milieus offenbar wird. Es sind die Besserverdienenden – ein akademisches Kleinbürgertum, das seine ideologische Diskursmacht durchsetzen möchte, um voranzukommen und sich ausbreiten zu können. Es bekämpft nicht nur den unökologischen Lebensstil der unteren Schichten, es steht ihnen fremd und verächtlich gegenüber.



Wer kein Lastenfahrrad fährt, gilt schon als Klimasünder

Illustrationen: Erich Brechbühl für DIE ZEIT; Tyler Spangler für DIE ZEIT (m.)

Bezeichnend dafür ist, übrigens wie bei den Demokraten in den USA, dass vor allem der einfache Bürger und Konsument gegängelt, die Arbeitgeber- und Kapitalseite aber höchstens rhetorisch angegangen wird. Für das, was die Industrie darf, muss sich nur der Bürger rechtfertigen. Die Autofabrik von Elon Musk darf Wasser im Übermaß verbrauchen (was von den Grünen immerhin kritisiert, aber doch hingenommen wird), der Bürger wird für jedes Rasensprengen an den Pranger gestellt. Er soll Elektroautos kaufen, um dem Klima zu dienen, aber dass deren Ökobilanz fragwürdig und die Herstellung der Batterien sowohl klimaschädlich wie umweltgefährlich ist, wird nicht diskutiert (jedenfalls nicht mit dem Bürger). Die Großindustrie dankt es den Grünen. Nicht zufällig ist von deutschen Konzernen eine Charta der Vielfalt ins Leben gerufen worden, die dem Diversity-Programm der Partei folgt.

Der französische Soziologe Didier Eribon hat ein erschütterndes Buch über sein proletarisches Herkunftsmilieu geschrieben – wie es von einer elitär-akademischen Linken im Stich gelassen wurde und dem rechtsradikalen Front National in den Schoß fiel. Vielleicht liegt darin das größte, das historische Versagen der westlichen Linken: dass sie die verarmten Massen den rechten Rattenfängern zuführte, die in Wahrheit keineswegs deren Interessen im Blick haben, ganz im Gegenteil. Donald Trump schmeichelt dem *white trash,* indem er dessen Ressentiments in Politik verwandelt, verfolgt aber das Ziel, die Reichen noch reicher zu machen.

An diesem Punkt hat Sahra Wagenknecht mit ihrer Partei einzuhaken versucht, um die Linke wieder zurück zu Marx und an die Seite der arbeitenden Bevölkerung zu bringen. Das hat nicht geklappt, vielleicht zum Glück, wenn man an andere Wagenknecht-Positionen denkt. Aber dass die etablierte Linke (in Deutschland gehören die Grünen dazu) sich von jeder marxistischen Einsicht verabschiedet hat – den dialektischen Materialismus gegen identitätspolitische Semantik eingetauscht hat –, wird ihr im Kampf gegen rechts auf die Füße fallen. Schlimmer: Es macht diesen Kampf von vornherein unglaubwürdig. Im Grunde sind es kleinbürgerliche Milieuparteien, die sich nur auf links geschminkt haben – und leider haben die neuen Rechten den Schwindel durchschaut und ihre Anhänger ihn zumindest gespürt.

Das heißt nicht, dass die Linke bei der Entstehung dieser Höllenbrut in irgendeiner Weise beteiligt war – es kommt auch historisch nicht hin. Als die Brandanschläge und Ausschreitungen in Rostock und Solingen stattfanden, war von den woken Diskursen noch keine Spur und auch die Arbeiterferne nicht so ausgeprägt oder sichtbar. Aber die Linke ist, ihrer antifaschistischen Rhetorik zum Trotz, auch nicht im Geringsten geeignet, die rechtsradikale Bedrohung einzuhegen. Sie ist nicht einmal willens dazu. Sie profitiert von der Polarisierung.

Im Grunde heißt das: Der Kampf gegen rechts müsste zugleich als Kampf gegen links geführt werden – um es als Paradox zu formulieren. Besser wäre, die Linke würde einsehen, dass sie sich verrannt hat, und sich aus einer Weltanschauungssekte wieder zurück in eine Partei (oder mehrere) für die arbeitende Bevölkerung verwandeln. Etwas mehr Marxismus als Poststrukturalismus, mehr Rosa Luxemburg als Judith Butler wäre ein großer Gewinn – und würde den Rechten die Möglichkeit nehmen, auf dem Klavier der Bevormundungsängste zu spielen und so zu tun, als seien sie die Anwälte des kleinen Mannes.

www.zeit.de/vorgelesen

Die Todespiste

Im Osten Brandenburgs ist die Bundesstraße »B 1« das politische Topthema. Nur unter den linken Parteien interessiert das fast niemanden VON MARKUS HORELD

Selbst ganz draußen am rechten Rand Deutschlands – was hier vorläufig geografisch gemeint ist – gibt es hin und wieder Themen, die nur die Bundespolitik richten kann. Die Geschichte, um die es geht, spielt im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland, der sich von der östlichen Berliner Stadtgrenze bis an die Oder erstreckt.

Hier hat die lokale Tageszeitung, die *Märkische Oderzeitung,* vor der Bundestagswahl 2025 die Direktkandidaten des Wahlkreises zu ihren Ansichten über die Situation auf der B 1 befragt.

Die B 1, das ist die Bundesstraße 1. »Todespiste« heißt sie hier. Die B 1 führt quer durch den Landkreis, von Kostrzyn in Polen nach Berlin. Täglich fahren Tausende Pendler aus Märkisch-Oderland und Polen sowie Aberhunderte Lkw auf der Straße, vorbei an endlosen Weizenfeldern, der wunderschönen Märkischen Schweiz – und mitten durch etliche Dörfer. Ortsumfahrungen gibt es nicht. Wer auf der B 1 unterwegs ist, riskiert sein Leben. Autos, Lastwagen und Landmaschinen teilen sich dieselbe Spur. Am Straßenrand reiht sich Kreuz an Kreuz. Wer in einem der Dörfer lebt, durch die sich die Kolonne jeden Tag wälzt, sieht sein ehemaliges Häuschen im Grünen in den Vorhof der Hölle verwandelt. Die B 1 ist ein politisches Topthema der Region.

Zum täglichen Verkehrswahnsinn gibt es wenig Alternativen. Die einzige Regionalbahn fährt nur jede Stunde, oft fallen Züge aus, manchmal wird auch ein voll besetzter Wagen an einem Bahnhof vergessen. Wer in Märkisch-Oderland mobil sein will oder muss, der hat kein Lastenfahrrad, sondern ein Auto, das er jeden Tag nutzt. Wenn man die Leute hier fragt, wie sie sich von »der Politik« wahrgenommen fühlen, sagen sie: »Gar nicht.« Würde die Bundesregierung die B 1 und die Regionalbahn endlich in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen, würde sich möglicherweise vieles ändern.

Und nun ist es also Februar 2025, drei Tage vor der Bundestagswahl. Die *MOZ* fragt die Direktkandidaten zur Situation auf der B 1. Und dann steht da dieser Satz in der Zeitung: Die Grünen und die Linke hätten »keine Stellungnahme« abgegeben.

Keine Stellungnahme zu einem Thema, das viele Leute hier mehr beschäftigt als die Migration. Bei dem keine Lösung in Sicht ist, dafür aber Eskalation: Der Verkehr auf der B 1 werde in den kommenden Jahren deutlich zunehmen, heißt es in offiziellen Prognosen.

Der Grünen-Kandidat wird später auf Nachfrage sein Schweigen bedauern. Er habe die E-Mail übersehen, er mache das alles ja nur ehrenamtlich. Seine Position zur B 1 erklärt er auch noch, sie klingt gar nicht grün, sondern sehr pragmatisch: Er fordert den Ausbau der B 1. Erfahren hat davon niemand.

ANZEIGE

Und was sagen Sie?

Alle werden permanent zu Opfern gemacht

JÜRGEN KAUBE

Zu einer sich progressiv verstehenden Politik gehört es schon lange, sich für gesellschaftliche Opfergruppen einzusetzen und eine wohlfahrts- wie rechtsstaatliche Abhilfe ihrer Leiden zu versprechen. Anfangs waren es die Ausgebeuteten und Sklaven, die Arbeiter und die Frauen, deren ungerechte Behandlung gesetzgeberisch ausgeglichen werden sollte. Es ging um die Durchsetzung von gleichen Grundrechten und das Abfedern von Nebenfolgen der Industrialisierung. In der Folge wurden immer mehr solcher Opfergruppen der Erniedrigten und Beleidigten entdeckt. Heute zählen die relativ Armen, die muslimischen Einwanderer, die Transsexuellen und sogar die Ostdeutschen dazu. An immer mehr Problemlagen werden immer mehr Ansprüche auf Ausgleich und Förderung geknüpft. Das Verständnis der Grundrechte änderte sich. An die Stelle der Freiheit von staatlichen Maßgaben trat die Forderung gleicher Teilhabe an staatlichen Leistungen.

So wurde nicht nur der Umkreis staatlicher Aufgaben stark erweitert, es wurden auch die Unterschiede zwischen tatsächlichem Leid, eingebildetem und zur Schau gestelltem Leid unklar. Die Messinstrumente für soziales Unglück wurden immer empfindlicher eingestellt, inzwischen schlagen sie schon bei bloßen Symbolen aus. Selbst im Namen einer Apotheke oder in Wörtern wie »Arzt« und »Lehrerzimmer« wird Diskriminierung entdeckt. Außerdem erübrigt der Befund, es liege Hilfsbedürftigkeit vor, oft die Frage, ob Selbsthilfe möglich wäre. Verbrecher? Die Gesellschaft hat sie dazu gemacht! Terrorismus? Legitimer Widerstand gegen Unterdrückung selbst dann, wenn die Gewalttäter sich in Frauenunterdrückung und Antisemitismus üben. Ausbeutung? Liegt selbst bei Homeoffice und 31 Urlaubstagen vor. Überhaupt der Kapitalismus: eine einzige Opfermaschine.

Damit sollen nicht die Existenz von erheblichem Leid und sein Zusammenhang mit der Gesellschaft bestritten werden, in der wir leben. Eine dialektische Wirkung der umfassenden Suche nach Opfergruppen wird jedoch sichtbar, wenn sich alle melden. Die Bereitschaft, sich beleidigt und benachteiligt zu fühlen, hat stark zugenommen. Wenig verwunderlich, dass sie jetzt auch von rechts vorgetragen wird. Die weißen Amerikaner in den Fly-over-States beklagen, nur die Bürger anderer Hautfarbe erhielten sozialstaatliche Förderung. Der italienische Norden sieht sich vom italienischen Süden ausgebeutet. Dem Brexit lag der geschürte Eindruck zugrunde, in der Europäischen Union seien die Briten die Opfer. Hierzulande wird behauptet, die Politik tue mehr für Migranten als für die urtümlich Deutschen. Zuletzt wird das Volk selbst zum Opfer der Eliten erklärt.

War diese Entwicklung unvermeidbar? Zur Orientierung an Gruppen, für die man politisch etwas tun will, gibt es jedenfalls eine Alternative. Man könnte sich stärker auf Sachfragen konzentrieren, die alle betreffen. Wenn die Bahn pünktlicher wäre und die Bürokratie tatsächlich weniger würde, könnte man sich nur schwer eine rechte Gegenrede dazu vorstellen.

Jürgen Kaube ist Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«

Die Arbeiterklasse fühlt sich nicht mehr vertreten

THOMAS OSTERMEIER

Das Erschrecken über das Erstarken von Populismus und Faschismus ist groß. Doch auch die Art und Weise, wie über Menschen, besonders aus der Arbeiterklasse, in den erzählenden Medien berichtet wird, trägt zu diesem Problem bei. In unserer von der »Krimi-Krankheit« verseuchten Fernsehlandschaft finden viele Bereiche der sozialen Realität nicht statt. Die Überheblichkeit von Redakteurinnen und Redakteuren in Rundfunkanstalten und Zeitungen, die mehrheitlich aus privilegierten Verhältnissen stammen, blendet weite Bevölkerungsgruppen einfach aus.

Im deutschen Fernsehen kommt das Prekariat fast ausschließlich als alkoholkrank, gewalttätig oder adipös vor. Im Kino sieht es – mit Ausnahme des Regisseurs Andreas Dresen – nicht besser aus. Wo findet sich im deutschen Film ein Ken Loach, sind die Gebrüder Dardenne oder ein Ladj Ly? Ich hörte kürzlich in einem Podcast, wie der Ansatz, über die eigene soziale Herkunft und die damit verbundene Scham zu schreiben, als »Mode« belächelt wurde. Konservative Politiker gehen sogar so weit, Menschen aus der Arbeiterklasse jedes Interesse an Kultur abzusprechen. So erklärte der Regierende Bürgermeister Berlins, Kai Wegner, jüngst pauschalisierend, die Supermarktkassiererin interessiere sich nicht für Oper.

Die Politikwissenschaftler Mark Kayser und Alan Jacobs haben kürzlich eine internationale Studie auf Basis von 89.000 Befragungen veröffentlicht. Sie kommen darin zu dem Ergebnis, dass Menschen, die beruflich schlechter dastehen als ihre Eltern, signifikant häufiger rechte Parteien wählen. Bei Menschen, deren sozialer Abstieg besonders drastisch war, lagen die Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen Parteien europaweit bei zwölf Prozent. Unter Menschen, die einen beruflichen Aufstieg erfahren haben, sind es nur 4,6 Prozent. Die Studie belegt, dass es vor allem der Verlust von sozialem Status ist und nicht allein wirtschaftliche Not oder kulturelle Ressentiments, die die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien antreiben.

Bei dem Begriff »Status«, den ich auch in meiner Theaterarbeit häufig verwende, gilt es zu unterscheiden zwischen dem realen und dem wahrgenommenen sozialen Status. Die erwähnte Studie zeigt, dass es nicht nur entscheidend ist, wo man objektiv steht, sondern auch, woher man kommt: Ist man in der eigenen Wahrnehmung eher aufgestiegen oder abgestürzt? Der wahrgenommene Status der Arbeiterklasse – im Westen wie im Osten und in vielen anderen westlichen Demokratien – ist der eines Verlusts, eines Verrats durch die Parteien der politischen Linken. Entwicklungen bei Mieten, Immobilienpreisen und Renten verstärken diesen Eindruck.

Erst wenn prekär arbeitende Menschen sich in Medien, Literatur, Film und Theater angemessen repräsentiert fühlen, erst wenn ihre Interessen in der politischen Debatte diskutiert und von linken Parteien wirklich vertreten werden, gibt es eine Chance, dass sich eine große Mehrheit wieder mit unserer Demokratie identifiziert. Erst wenn diversitätspolitische Anliegen und der Kampf um Klassengerechtigkeit nicht länger gegeneinander ausgespielt werden, können die beiden Strömungen der Linken wieder

Der Fortschritt muss allen zugutekommen

EVA ILLOUZ

Die politischen Begriffe »links« und »rechts« stammen aus der Französischen Revolution. Man stelle sich vor: Hätten die Revolutionäre damals rechts vom Präsidenten der Nationalversammlung Platz genommen, dann wären jene, die Monarchie und Kirche abschaffen und gleiche Rechte für alle durchsetzen wollten, fortan die »Rechten« gewesen, und die Verteidiger von König und Klerus wären »links« genannt worden.

Die Rechte ist nur denkbar, weil die Linke einst die scheinbare Selbstverständlichkeit von Privilegien, Hierarchien und Ungleichheiten infrage stellte. Was wir später die liberale oder sozialistische Linke nannten – etwa der New Deal des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise oder die Reformagenda des ersten sozialistischen Premierministers Léon Blum ab 1936 in Frankreich –, brachte Errungenschaften hervor, die uns heute alltäglich erscheinen: keynesianische Wirtschaftspolitik, die 40-Stunden-Woche, bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, später die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Anerkennung von Minderheiten. Ohne die Linke wäre all dies kaum denkbar.

Seit den Sechzigerjahren jedoch steckt sie in einem Dilemma. Sie trieb den Wandel von Normen – Sexualität, Gender, Familie – voran und wollte zugleich Anwältin der Arbeiterklasse bleiben. Solange diese nicht zur radikalen Rechten abwanderte, ließ sich die Illusion aufrechterhalten, beides gehe zusammen: kulturelle Revolution und soziale Interessenvertretung. Doch seit zwei Jahrzehnten zerbricht diese Illusion. Von den USA bis Polen wählt ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft extreme Rechte. Das alte Dogma, die »unteren Klassen« seien von Natur aus progressiv, gilt nicht mehr.

Für viele Angehörige der weniger gebildeten Mittelschichten ist identitärer Nationalismus zum Identitätskern geworden. Während Akademiker, Künstler oder Finanzleute kosmopolitisch leben, reisen, Englisch sprechen, halten Arbeiter und die untere Mittelschicht an der Nation fest und lehnen Zuwanderung ab. Es ist nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein moralischer Riss. Studien zeigen: Je höher die Bildung, desto geringer ausgeprägt sind Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Und ökonomisch gilt: Je ärmer, desto stärker die Identifikation mit der Nation – paradoxerweise bei gleichzeitig geringerem Interesse an Umverteilung als bei Wohlhabenderen. Sowohl die Weigerung, den Wohlfahrtsstaat mit Nichtbürgern zu teilen, als auch das symbolische Band der Nation sind Reaktionen auf die Erosion der Lebenswelt der Arbeiterklasse im fortgeschrittenen Kapitalismus.

Damit steckt die Linke in einer doppelten Falle: Passt sie sich an, verliert sie ihr gebildetes Stammpublikum. Bleibt sie, wie sie ist, erscheint sie als Partei der Privilegierten, fixiert auf Einzelthemen, fern von den Sorgen derer, die einst ihre Basis bildeten.

Will sie weiterhin Motor gesellschaftlichen Fortschritts bleiben, muss sie ihre Identität neu erfinden: im Kampf gegen die wachsenden Ungleichheiten der letzten Jahrzehnte, gegen die ungebändigte Macht der Tech-Giganten und die Aushöhlung des öffentlichen Diskurses, für eine Humanität, die auch den Gefahren der künstlichen Intelligenz standhält. Nur so lässt sich der Faden wieder aufnehmen, den die Linke einst

Der Ideenfundu Linken ist geschrumpft

STEFFEN MAU

Ist die Frage nach dem Anteil der Link stieg der Rechten überhaupt eine, die kann oder sollte? Oder geht man d einem rechten Motiv auf den Leim, das Schuld an allem gibt, sogar an den eig gen? Dass Politik ein dynamisches Geg von Kräften und Orientierungen darst Binse. Natürlich reagiert die Rechte a Linke und ihre Ambitionen, so wie d den Rechten erstarken kann. Keine A rechtsextreme Aufmärsche.

Die Frage führt in die Irre. Soll ma politisches Programm verleugnen, n Gegner daraus elektorale Gewinne zi Das wäre unsinnig. Wenn links-progr dass man die Gesellschaft mit all ihren tigkeiten nicht so lassen möchte, wie s ist sogar zu erwarten, dass auch Behar geweckt werden. Auch ein reaktionär kann an Schwingungsenergie gewinne Gesellschaft in Bewegung gerät.

Ein gängiges Argument, um die Mithaftung für den Aufstieg der F nehmen, lautet, diese hätten sich im garten der Identitätspolitik verirrt. I vorgeworfen, sie kümmerten sich Anliegen gesellschaftlicher Kleingrup aber um den mehrheitlichen Rest. We val der Minderheiten feiere und die Butter-Themen vernachlässige, dürfe wundern, wenn die Massen ausblieb

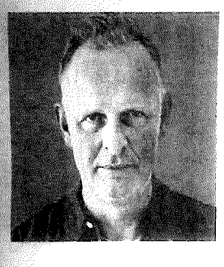
Dass die Linke kulturelle Glei *verfolgt, kann man ihr kaum vorwe* ihr aber in der Tat nicht gut gelunge fassungen zu Toleranz, Nichtdiskr und Anerkennung, die in der durchaus geteilt werden, in ein breit zus fähiges Programm zu verwandeln. I der universalistisch-emanzipatorische Zeug dazu, Gräben zu überwinden, Unterschiede zu vergröbern.

Viel ausschlaggebender für das Er AfD sind jedoch Verschiebungen, die d timent einen Vorteil verschaffen: Di lösungskompetenz der demokratisch schwächelt. Mediale Veränderungen, ökonomische Aussichten und grassi schwörungsnarrative tun ein Übriges abstrakteren Ebene kommt noch n was die Rechten stärkt: Die Gesells misiert sich stark, wir haben es mi renden Entgrenzungen zu tun, alles komplexer. Die allzu simplen Ant ganz rechts fallen da auf fruchtbaren

Ein Kernproblem der Linken ist fundus ist beständig geschrumpft, herrscht Ebbe. Sie hat bis heute kei matisches Update hinbekommen, tens Zustimmung auszulösen vermag lichkeiten, Gruppen aus den Arb Arbeitnehmermilieus zu erreichen, s dener denn je. So zentral die Frage tigkeit, so eklatant die Ungleichheit tig die Besteuerung hoher Einko Vermögen – wer den Staat allein als abschöpfer versteht, der springt zu k

Wenn eine linke Regierung an käme, würden dann die Schieflage Wohnungsmarkt, im Bildungssystem system, auf dem Arbeitsmarkt ode

Illustration: Erich Brechbühl für DIE ZEIT; kl. Fotos (v. l.): [M]: Frank Röth/F.A.Z.-Foto; John Macdougall/AFP/Getty Images; James Startt; Jürgen Heinrich/SZ Photo/pa/dpa; Jens Oellermann/Getty Images



Die Arbeiterklasse fühlt sich nicht mehr vertreten

THOMAS OSTERMEIER

Der Erschrecken über das Erstarken von Populismus und Faschismus ist groß. Doch auch die Art und Weise, wie über Menschen, besonders über die Arbeiterklasse, in den erzählenden Medien berichtet wird, trägt zu diesem Problem bei. In unserer von der »Krimi-Krankheit« verseuchten Fernsehlandschaft finden viele Bereiche der gesellschaftlichen Realität nicht statt. Die Überheblichkeit vieler Redakteurinnen und Redakteuren in Rundfunkanstalten und Zeitungen, die mehrheitlich aus privilegierten Verhältnissen stammen, blendet breite Bevölkerungsgruppen einfach aus.

Im deutschen Fernsehen kommt das Prekariat ausschließlich als alkoholkrank, gewaltbereit oder adipös vor. Im Kino sieht es – mit Ausnahme des Regisseurs Andreas Dresen – nicht besser aus. Wo findet sich im deutschen Film ein Ken Loach, sind die Gebrüder Dardenne oder Ladj Ly? Ich hörte kürzlich in einem Podcast, dass der Ansatz, über die eigene soziale Herkunft und die damit verbundene Scham zu schreiben, als »Mode« belächelt wurde. Konservative Politiker gehen sogar so weit, Menschen aus der Arbeiterklasse jedes Interesse an Kultur abzusprechen. So erklärte der Regierende Bürgermeister Berlins, Kai Wegner, jüngst pauschalisierend, die Supermarktkassiererin interessiere sich nicht für Oper.

Die Politikwissenschaftler Mark Kayser und Jacobs haben kürzlich eine internationale Studie auf Basis von 89.000 Befragungen veröffentlicht. Sie kommen darin zu dem Ergebnis, dass Menschen, die beruflich schlechter dastehen als ihre Eltern, signifikant häufiger rechte Parteien wählen. Bei Menschen, deren sozialer Abstieg besonders drastisch war, lagen die Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen Parteien europaweit bei zwölf Prozent. Unter Menschen, die einen beruflichen Aufstieg erfahren haben, waren es nur 4,6 Prozent. Die Studie belegt, dass vor allem der Verlust von sozialem Status ist – nicht allein wirtschaftliche Not oder kulturelles Ressentiments, die die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien antreiben.

Mit dem Begriff »Status«, den ich auch in meiner Theaterarbeit häufig verwende, gilt es zu unterscheiden zwischen dem realen und dem wahrgenommenen sozialen Status. Die erwähnte Studie zeigt, dass es nicht nur entscheidend ist, wo man objektiv steht, sondern auch, woher man kommt: Ist man in der eigenen Wahrnehmung eher aufgestiegen oder abgestiegen? Der wahrgenommene Status der Arbeiterklasse – im Westen wie im Osten und in vielen unseren westlichen Demokratien – ist der eines Verlusts, eines Verrats durch die Parteien der politischen Linken. Entwicklungen bei Mieten, Immobilienpreisen und Renten verstärken diesen Eindruck.

Erst wenn prekär arbeitende Menschen sich in Medien, Literatur, Film und Theater angemessen repräsentiert fühlen, erst wenn ihre Interessen in der politischen Debatte diskutiert und von linken Parteien wirklich vertreten werden, gibt es eine Chance, dass sich eine große Mehrheit wieder mit unserer Demokratie identifiziert. Erst wenn diversitätspolitische Anliegen und der Kampf um Klassengerechtigkeit nicht länger gegeneinander ausgespielt werden, können die beiden Strömungen der Linken wieder zusammenfinden und an Stärke gewinnen.

Thomas Ostermeier ist Intendant der Berliner Schaubühne

Der Fortschritt muss allen zugutekommen

EVA ILLOUZ

Die politischen Begriffe »links« und »rechts« stammen aus der Französischen Revolution. Man stelle sich vor: Hätten die Revolutionäre damals rechts vom Präsidenten der Nationalversammlung Platz genommen, dann wären jene, die Monarchie und Kirche abschaffen und gleiche Rechte für alle durchsetzen wollten, fortan die »Rechten« gewesen, und die Verteidiger von König und Klerus wären »links« genannt worden.

Die Rechte ist nur denkbar, weil die Linke einst die scheinbare Selbstverständlichkeit von Privilegien, Hierarchien und Ungleichheiten infrage stellte. Was wir später die liberale oder sozialistische Linke nannten – etwa der New Deal des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise oder die Reformagenda des ersten sozialistischen Premierministers Léon Blum ab 1936 in Frankreich –, brachte Errungenschaften hervor, die uns heute alltäglich erscheinen: keynesianische Wirtschaftspolitik, die 40-Stunden-Woche, bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, später die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Anerkennung von Minderheiten. Ohne die Linke wäre all dies kaum denkbar.

Seit den Sechzigerjahren jedoch steckt sie in einem Dilemma. Sie trieb den Wandel von Normen – Sexualität, Gender, Familie – voran und wollte zugleich Anwältin der Arbeiterklasse bleiben. Solange diese nicht zur radikalen Rechten abwanderte, ließ sich die Illusion aufrechterhalten, beides gehe zusammen: kulturelle Revolution und soziale Interessenvertretung. Doch seit zwei Jahrzehnten zerbricht diese Illusion. Von den USA bis Polen wählt ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft extreme Rechte. Das alte Dogma, die »unteren Klassen« seien von Natur aus progressiv, gilt nicht mehr.

Für viele Angehörige der weniger gebildeten Mittelschichten ist identitärer Nationalismus zum Identitätskern geworden. Während Akademiker, Künstler oder Finanzleute kosmopolitisch leben, reisen, Englisch sprechen, halten Arbeiter und die untere Mittelschicht an der Nation fest und lehnen Zuwanderung ab. Es ist nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein moralischer Riss. Studien zeigen: Je höher die Bildung, desto geringer ausgeprägt sind Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Und ökonomisch gilt: Je ärmer, desto stärker die Identifikation mit der Nation – paradoxerweise bei gleichzeitig geringerem Interesse an Umverteilung als bei Wohlhabenderen. Sowohl die Weigerung, den Wohlfahrtsstaat mit Nichtbürgern zu teilen, als auch das symbolische Band der Nation sind Reaktionen auf die Erosion der Lebenswelt der Arbeiterklasse im fortgeschrittenen Kapitalismus.

Damit steckt die Linke in einer doppelten Falle: Passt sie sich an, verliert sie ihr gebildetes Stammpublikum. Bleibt sie, wie sie ist, erscheint sie als Partei der Privilegierten, fixiert auf Einzelthemen, fern von den Sorgen derer, die einst ihre Basis bildeten.

Will sie weiterhin Motor gesellschaftlichen Fortschritts bleiben, muss sie ihre Identität neu erfinden: im Kampf gegen die wachsenden Ungleichheiten der letzten Jahrzehnte, gegen die ungebändigte Macht der Tech-Giganten und die Aushöhlung des öffentlichen Diskurses, für eine Humanität, die auch den Gefahren der künstlichen Intelligenz standhält. Nur so lässt sich der Faden wieder aufnehmen, den die Linke einst spann: Fortschritt für alle.

Aus dem Englischen von
Peter Neumann

Eva Illouz lehrt Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem und am Centre européen de sociologie et de science politique in Paris

Der Ideenfundus der Linken ist geschrumpft

STEFFEN MAU

Ist die Frage nach dem Anteil der Linken am Aufstieg der Rechten überhaupt eine, die man stellen kann oder sollte? Oder geht man damit schon einem rechten Motiv auf den Leim, das den Linken Schuld an allem gibt, sogar an den eigenen Erfolgen? Dass Politik ein dynamisches Gegeneinander von Kräften und Orientierungen darstellt, ist eine Binse. Natürlich reagiert die Rechte auch auf die Linke und ihre Ambitionen, so wie die Linke an den Rechten erstarken kann. Keine Antifa ohne rechtsextreme Aufmärsche.

Die Frage führt in die Irre. Soll man denn sein politisches Programm verleugnen, nur weil der Gegner daraus elektorale Gewinne ziehen kann? Das wäre unsinnig. Wenn links-progressiv heißt, dass man die Gesellschaft mit all ihren Ungerechtigkeiten nicht so lassen möchte, wie sie ist, dann ist sogar zu erwarten, dass auch Beharrungskräfte geweckt werden. Auch ein reaktionärer Backlash kann an Schwingungsenergie gewinnen, wenn die Gesellschaft in Bewegung gerät.

Ein gängiges Argument, um die Linken in Mithaftung für den Aufstieg der Rechten zu nehmen, lautet, diese hätten sich im Orchideengarten der Identitätspolitik verirrt. Ihnen wird vorgeworfen, sie kümmerten sich um jedes Anliegen gesellschaftlicher Kleingruppen, nicht aber um den mehrheitlichen Rest. Wer ein Festival der Minderheiten feiere und die Brot-und-Butter-Themen vernachlässige, dürfe sich nicht wundern, wenn die Massen ausblieben.

Dass die Linke kulturelle Gleichheitsziele verfolgt, kann man ihr kaum vorwerfen. Es ist ihr aber in der Tat nicht gut gelungen, die Auffassungen zu Toleranz, Nichtdiskriminierung und Anerkennung, die in der Gesellschaft durchaus geteilt werden, in ein breit zustimmungsfähiges Programm zu verwandeln. Dabei hätte der universalistisch-emanzipatorische Ansatz das Zeug dazu, Gräben zu überwinden, statt feine Unterschiede zu vergröbern.

Viel ausschlaggebender für das Erstarken der AfD sind jedoch Verschiebungen, die dem Ressentiment einen Vorteil verschaffen: Die Problemlösungskompetenz der demokratischen Politik schwächelt. Mediale Veränderungen, eingetrübte ökonomische Aussichten und grassierende Verschwörungsnarrative tun ein Übriges. Auf einer abstrakteren Ebene kommt noch mehr hinzu, was die Rechten stärkt: Die Gesellschaft dynamisiert sich stark, wir haben es mit galoppierenden Entgrenzungen zu tun, alles wird immer komplexer. Die allzu simplen Antworten von ganz rechts fallen da auf fruchtbaren Boden.

Ein Kernproblem der Linken ist: Ihr Ideenfundus ist beständig geschrumpft, konzeptuell herrscht Ebbe. Sie hat bis heute kein programmatisches Update hinbekommen, das mindestens Zustimmung auszulösen vermag. Ihre Möglichkeiten, Gruppen aus den Arbeiter- und Arbeitnehmermilieus zu erreichen, sind bescheidener denn je. So zentral die Frage der Gerechtigkeit, so eklatant die Ungleichheiten, so wichtig die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen – wer den Staat allein als Reichtumsabschöpfer versteht, der springt zu kurz.

Wenn eine linke Regierung an die Macht käme, würden dann die Schieflagen auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungssystem, im Sozialsystem, auf dem Arbeitsmarkt oder im Wirtschaftssystem über Nacht verschwinden? Selbst bei jenen, die auf sie angewiesen sind, ist der Glaube an das Glücksversprechen staatlicher Umverteilung verdampft.

Momentan folgt die Linke dem Reflex, leichte Antworten auf komplexe Herausforderungen zu geben. Ob man mit linkem Populismus und Social-Media-Auftritten aber dauerhaft punkten kann?

Steffen Mau lehrt Makrosoziologie an der

»Mir geht die Bevormundung auf die Nerven«

IRIS BERBEN

DIE ZEIT: Frau Berben, würden Sie sich als politisch links bezeichnen?

Iris Berben: Ja, würde ich. Nicht mehr so links wie in jungen Jahren, als ich bei Protesten in Hamburg vorm Springer-Hochhaus festgenommen wurde. Aber ich bin immer noch eine Verfechterin sozialer Gerechtigkeit.

ZEIT: Können Sie mit der These etwas anfangen, dass die politische Linke mitverantwortlich ist für den Zuwachs der Rechten?

Berben: Leider ja. Sie hat wichtige ureigene Themen vernachlässigt wie Wohnungsnot, Ausbildung, Arbeitsplätze, Infrastruktur, Gesundheit und sich stattdessen in Feldern verkämpft, wo ihr die meisten Leute nicht mehr folgen wollten. Viele Menschen sind wütend auf diese Linke.

ZEIT: Sie auch?

Berben: Ja, abgesehen von den erwähnten politischen Themen geht mir die Bevormundung und die Genuss-Feindlichkeit auf die Nerven. Was immer einem Freude macht – ein besonders gutes Essen, eine schöne Reise, ein vielleicht unangebrachter Flirt, von Humor und Lachen gar nicht erst zu reden –, schon erhebt sich ein riesiger moralischer Zeigefinger: No, no, Madame, so nicht. Und unlängst wies mich jemand mit ebendiesem Finger darauf hin, dass man nicht mehr »Mann« sagt, sondern »Person, die als Mann gelesen werden möchte«. Ich arbeite ein Leben lang mit Sprache: Ein solcher Unsinn beleidigt mein Sprachgefühl. Und auch meinen Verstand.

ZEIT: Hat sich die Arbeit beim Film und im Theater verändert?

Berben: Kultur und Kunst sollten ein Schutzraum sein fürs Fragenstellen, fürs Experimentewagen, für Überspitzungen, auch für Ungehorsam. Jetzt diskutieren wir ständig andere Sachen, zum Beispiel kulturelle Aneignung, also Schwule sollen nur noch von Schwulen gespielt werden, Juden nur noch von Juden ... Das empfinde ich als völlig kontraproduktiv für meinen Beruf. Schauspieler sollen doch in fremde Lebenswelten eintauchen, sich in andere Figuren hineinversetzen. Ich habe das immer als eine Form der Wertschätzung gesehen. Und »canceln« ist für mich ein empörendes Wort. Es heißt auslöschen, das wollen wir doch gerade nicht in einer Gesellschaft, die immer mehr auseinanderfällt. Der Regisseur hat mal laut geschrien? Mein Gott, vielleicht war er unsicher, nervös. Wir gehen in diesem Beruf schon an Grenzen. Mittelmaß kann nicht der Weg sein. Wenn wir aber nicht mehr nach Talent besetzen, sondern nach einer Liste von anderen Kriterien, dann gute Nacht.

ZEIT: Aber steckt hinter alldem nicht ursprünglich eine gute Absicht?

Berben: Ich war Gründungsmitglied der Aktion »Gesicht zeigen« gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, ich habe feministische Literatur gelesen und sie in Theatern vorgelesen. Mir müssen Sie das nicht sagen. Aber eine radikale Verengung dieser Themen schließt Leute aus und treibt sie den Rattenfängern von rechts buchstäblich in die Arme. Was eigentlich erreicht werden sollte, jedem Menschen aus jeder Kultur einen Platz in unserer Gesellschaft anzubieten, ist ins Gegenteil verkehrt worden.

ZEIT: Sie engagieren sich zeitlebens nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen Antisemitismus ...

Berben: Die Haltung der linken Szene gegenüber Israel und den Juden war schon immer ein böser Stachel in meinem linksliberalen Herzen. Schon früher tummelten sich in dieser Szene eine Menge Antisemiten. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede. Und jetzt sind sie wieder aus ihren Löchern gekrochen und vermehren sich, leider und absurderweise auf der linken Seite des politischen Spektrums.

FEUILLETON

Selbst schuld?

So einfach ist es nicht

Letzte Woche warf ZEIT-Autor Jens Jessen an dieser Stelle der politischen Linken vor, einen Anteil zu haben am Aufstieg der Rechten. Es entgegnen ihm ZEIT-Redakteur Robert Pausch und Ines Schwerdtner, Bundesvorsitzende der Linkspartei

Über die Folgen einer von rechts bestimmten Debatte

VON ROBERT PAUSCH

Dosenthunfisch ist ungeöffnet circa fünf Jahre haltbar. Für Lebensmittel ist das ziemlich lange. Aber im Vergleich zu bestimmten Feuilleton-Thesen ist es noch gar nichts, zum Beispiel solchen, die sich damit beschäftigen, was die politische Linke zuletzt so alles falsch gemacht hat.

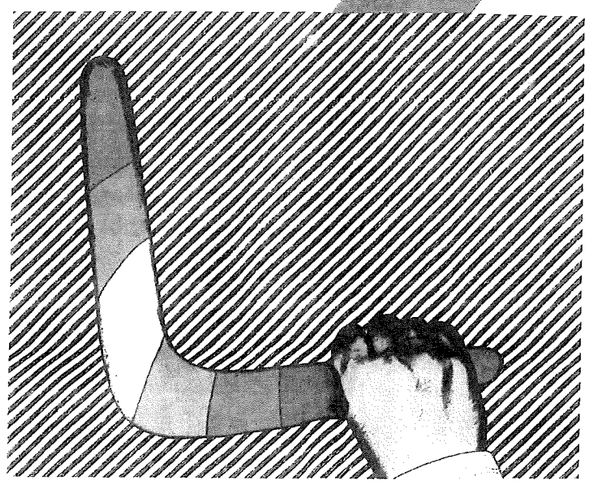
In der vergangenen Ausgabe der ZEIT hat Jens Jessen darüber geschrieben, welchen Anteil die Linken am Aufstieg der radikalen Rechten haben. Ihre Fixierung auf Wokeness, so Jessens These, sei »das größte Geschenk, das die Linke der Rechten machen konnte«. Wenn die Linke wieder erfolgreich werden wolle, müsse sie »die Produktion dieses Unfugs herunterfahren«, sie müsse sich wieder in eine »Partei für die arbeitende Bevölkerung verwandeln«, »mehr Rosa Luxemburg als Judith Butler«, das würde den Rechten die Möglichkeit nehmen, sich als »Anwälte des kleinen Mannes« zu inszenieren.

Aufschlussreich ist der Text vor allem, wenn man ihn als Symptom einer Debatte betrachtet, die mit dem Wort festgefahren noch milde beschrieben ist. Im Kern funktioniert sie so, dass die Wörter Diversity, Lastenfahrrad, Moral, Umerziehung, Grillen, Klimasünder, Bevormundung so zusammengeschraubt werden, dass formal ein neuer Text entsteht, der allerdings stets dasselbe sagt: Die Linke hat mit ihrer Wokeness (davor: Cancel-Culture, davor: Identitätspolitik, davor: Political Correctness) die Arbeiter verwurden, ihren Arbeitern gute Löhne zu bezahlen. Klimaschutz wurde auf diesem Weg ein rein ökonomisches Thema.

Diese Politik war das Ergebnis eines Strategiewechsels, den die Demokraten nach ihrer ersten Niederlage gegen Donald Trump vollzogen. Von linken Publizisten, etwa aus dem Umfeld des sozialistischen Magazins *Jacobin*, bis zu zentristischen Abgeordneten konnte man sich auf eine Analyse einigen, die man, ganz grob, so zusammenfassen kann: Die Kombination aus ökonomischem und kulturellem Liberalismus (die etwa die Kampagne von Hillary Clinton prägte) sei ein Hauptproblem der demokratischen Politik gewesen. Weil man sich mit den Kapitalinteressen in einer globalisierten Ökonomie nicht anlegen wollte, habe man die Sprache und die Prämissen der politischen Gegner übernommen, sich aufs Kulturelle verlegt, dort einige Punktsiege erreicht, aber am Ende das urlinke Versprechen universeller Gleichheit entmaterialisiert und die *working class* nach rechts abwandern lassen. Wohlgemerkt: So weit war man vor knapp zehn Jahren.

Was folgte, war eine Phase der Diskussionen, des Nachdenkens und der Strategiebildung im progressiven Spektrum, an deren Ende eine Politik stand, die die Parteiintellektuellen der Demokraten das »postneoliberale Paradigma«

Auch die Grünen stimmten in diese Melodie mit ein. Die Parteichefin Ricarda Lang fuhr eigens in die USA, um sich die Biden-Strategie erläutern zu lassen, und wiederholte danach das Schlagwort des US-Präsidenten *»When I hear climate, I think jobs«*. Das wiederum passte zu dem Ansatz, den die Grünen seit 2018 verfolgten. Schon zu Beginn seiner Zeit als Parteichef wandte sich Robert Habeck dagegen, die



Die eigentliche Frage, die sich Jessen freilich nicht stellt, lautet also: Warum sind die linken Parteien in vielen westlichen Demokratien so fokussiert auf die Arbeiterklasse wie noch nie – und zugleich so bestechend erfolglos darin, sie für sich zu gewinnen? Selbst die Linkspartei verdankte ihren Erfolg vor allem den Zugewinnen unter Akademikern in großen Städten. Am deutlichsten aber lässt sich das Rätsel, vor dem die Linke gerade steht, in den USA erkennen. Denn ökonomisch war Joe Bidens Politik ein großer Erfolg: Die Löhne stiegen, insbesondere im unteren Drittel, die Ungleichheit ging zurück, die Arbeitslosigkeit sank, und die Wirtschaft boomte. Politisch allerdings endete sie in einem Desaster: Nach drei Jahren Politik für die arbeitende Klasse wählte diese nun noch geschlossener rechts als 2016. Der Milliardär Trump wurde ins Amt getragen von einer multiethnischen Arbeiter-Wählerschaft, während die *working-class*-fixierten Demokraten elektoral zu einer Partei der oberen Mittelschichten wurden.

Ja, so verwirrend kann die Wirklichkeit sein. Und wenn man sich die Mühe macht, sie zur Kenntnis zu neh-

allem deshalb erfolgreich, weil sie vielen Menschen das Angebot macht, Teil einer Bewegung zu sein, die Sinn und Zugehörigkeit verspricht, während die Progressiven wie eine Ansammlung kalter Technokraten wirken.

Man kann derzeit überall auf lauter ratlose Linke treffen. Wen man aber nirgendwo trifft, sind die Strohmänner, die Jessen aufstellt, um dann mit ihnen in den Boxring zu steigen: besessen von Kulturkämpfen, drauf und dran, den nächstbesten Andersdenkenden zwangsbekehren zu wollen.

Apropos Kulturkämpfe: Die AfD hat neulich ein Strategiepapier samt PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Es ging darum, die »Brandmauer zu stürzen«. Dafür will man, so schreibt es die Autorin Beatrix von Storch, den »Kulturkampf mit der Linken« forcieren, entlang der Themen »Gender/Familie, Multikulti/Nation, Sozialismus/Freiheit«. Lagerübergreifende Koalitionen sollen durch diese »kulturelle Polarisierung« unmöglich gemacht werden, um am Ende »Alice ins Kanzleramt« zu bringen. Dass der Kulturkampf ein Werkzeug der radikalen Rechten ist, ist kein Geheimwissen, sondern offizielle Parteilinie. In Deutschland und in den USA besprechen rechtsradikale Aktivisten in Podcasts ganz offen ihre kulturkämpferischen Strategien und freuen sich, dies nur nebenbei, besonders darüber, wie leicht es ihnen gelingt, liberale Mainstream-Medien dazu zu bringen, ihre *talking points* aufzugreifen. Und selbst eine Linke, die versucht, sich den

Lastenfahrrad, Moral, Umerziehung, Grillen, Klimasünder, Bevormundung so zusammengeschraubt werden, dass formal ein neuer Text entsteht, der allerdings stets dasselbe sagt: Die Linke hat mit ihrer Wokeness (davor: Cancel-Culture, davor: Identitätspolitik, davor: Political Correctness) die Arbeiter verraten. Um wieder erfolgreich zu sein, muss sie einfach ein bisschen mehr so werden, wie sie früher (je nach politischer Position und Jahrgang des Autors: in den Nullerjahren oder in den Achtzigerjahren) mal war.

Eine naheliegende Frage lautet nun, wo man diese Linke findet, die sich nicht mehr fürs Materielle interessiert, sondern nur noch für Moral. Im Text wird das (ob Absicht oder nicht) nie so genau gesagt, allerdings ist viel von Parteien die Rede, den Grünen, den Sozialdemokraten und den Demokraten in den USA. Wie ist also hier die Lage?

Nun: In den USA regierte bis vor einigen Monaten noch Joe Biden. Als erster Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten tauchte er an einem Streikposten auf. Er nannte sich selbst gerne den »gewerkschaftsfreundlichsten Präsidenten«, den das Land je hatte. Er postete Videos im Internet, in denen er vor einem Flipchart stand und erklärte, warum der Neoliberalismus »die Arbeiterklasse betrogen« habe. Er setzte den Inflation Reduction Act durch, ein gigantisches Investitionsprogramm für grüne Industriejobs, bei dem Unternehmen im Gegenzug zu Subventionen dazu verpflichtet

Was folgte, war eine Phase der Diskussionen, des Nachdenkens und der Strategiebildung im progressiven Spektrum, an deren Ende eine Politik stand, die die Parteiintellektuellen der Demokraten das »postneoliberale Paradigma« nannten. Die Laufrichtung der Wirtschaftspolitik der vergangenen drei Jahrzehnte sollte umgekehrt werden: Der Staat sollte wieder eine wesentlich stärkere Rolle im Wirtschaftsgeschehen spielen, die deindustrialisierten Regionen, in denen Trump seine besten Ergebnisse erzielt hatte, firmierten als die neuen Zentren des technologischen Fortschritts. Industriepolitik statt Identitätspolitik, so lautete das politische Programm, mit dem der Trumpismus besiegt werden sollte. Selbst in der Außenpolitik hielten diese Ideen Einzug. Von »liberalem Interventionismus« oder sonstigen Versuchen des Werteexports war keine Rede mehr. Stattdessen lautete das Schlagwort schlicht: *foreign policy for the middle class.*

Das Tempo der Debatten unterscheidet sich von dem der Politik

In der Bundesrepublik diskutierte die Linke in den vergangenen Jahren ganz ähnlich. Olaf Scholz führte bekanntermaßen 2021 einen Wahlkampf, der den Begriff »Respekt« ins Zentrum rückte und in dem es vor allem darum ging, der »arbeitenden Bevölkerung« (Jessen) mehr materielle Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zu verschaffen.

Klimafrage entlang von Lebensstilen zu diskutieren. »Wir wollen keine besseren Menschen, sondern bessere Politik«, laute damals das Schlagwort.

Und die Linken? Die führten zuletzt einen Wahlkampf, der ausschließlich von Verteilungsfragen handelte, insbesondere beim Wohnraum. Ist das jetzt auch schon woke? Oder soll sich Heidi Reichinnek ihr Rosa-Luxemburg-Konterfei statt auf den Unterarm direkt auf die Stirn tätowieren lassen, damit man ihr wirklich glaubt, dass sie Politik für die Arbeiter machen will?

elektoral zu einer Partei der oberen Mittelschichten wurden.

Ja, so verwirrend kann die Wirklichkeit sein. Und wenn man sich die Mühe macht, sie zur Kenntnis zu nehmen, ergeben sich ein paar unangenehme Fragen, die sich nicht nur der Linken stellen, sondern ebenso der bürgerlichen Mitte, auch Jens Jessen. Zum Beispiel: War es vielleicht doch ein Fehler, sich strategisch derart auf materielle Fragen zu konzentrieren, um den rechten Kulturkämpfern möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten? Hat man damit am Ende nicht die Erzählung gekauft, für all das Übel in der Welt seien die Linken verantwortlich? Oder, eher politökonomisch gefragt: Wurde das politische Gift der Inflation unterschätzt? Soziologische Untersuchungen weisen darauf hin, dass höhere Löhne (das Ergebnis von Bidens Wirtschaftspolitik) als individuelle Errungenschaft verbucht werden, während die Inflation (eine in Kauf genommene Folge staatlicher Konjunkturpolitik) der Regierung zugerechnet wird. Ist womöglich der ganze Ansatz des *deliverism* ein Fehlschluss? Die Überzeugung also, dass Politiker, die »liefern«, die ihre Versprechen halten, bei Wahlen dafür belohnt werden. Ist es in diesem Sinne überhaupt ein Irrweg, Politik vor allem als Problemlösen zu betrachten? Die radikale Rechte ist schließlich vor

kulturkämpferischen Strategien [illegible] dies nur nebenbei, besonders darüber, wie leicht es ihnen gelingt, liberale Mainstream-Medien dazu zu bringen, ihre *talking points* aufzugreifen. Und selbst eine Linke, die versucht, sich den Kulturkämpfen zu entziehen, kann ihnen ganz offenbar nicht entkommen.

Hierzu noch eine Anekdote: Vor ein paar Wochen waren die Timelines auf X voll mit einer Werbung des Jeansherstellers American Eagle, in der die Schauspielerin Sydney Sweeney in aufreizender Pose zu sehen ist und in der ebenso aufreizend damit gespielt wurde, dass sich im Englischen die Wörter Jeans und Gene gleich anhören. Verbreitet wurde der Clip von rechtsradikalen Influencern aus Deutschland und den USA, schließlich auch vom US-Präsidenten, stets mit einem Tweet, der ungefähr so lautete: Hahaha, die Woken drehen schon wieder durch und wollen die Werbung canceln, dabei ist hier doch einfach nur eine schöne Frau zu sehen. Einige Zeit später stellte sich heraus: Die angebliche linke Aufregung hatte es nie gegeben. Sie war eine Erfindung rechtsradikaler Aktivisten, um die angeblich verklemmte Linke vorzuführen.

Diese Geschichte zeigt vor allem eins: Wenn sich kein Linker mehr empört, erfindet man eben die Empörung, über die man sich dann weiter empören kann. Oder in anderen Worten: Der Anti-Wokeness-Diskurs fährt längst auf Autopilot, auch wenn sich Jens Jessen besonders schwungvoll hinters Lenkrad setzt.

Über die Chancen einer neuen linken Politik

VON INES SCHWERDTNER

Der Philosoph Slavoj Žižek zitierte einmal Walter Benjamin: »Hinter jedem Faschismus steht eine gescheiterte Revolution.« Es stimmt: Eine schwache Linke begünstigt eine starke Rechte. Und die Linke – die parlamentarische wie die gesellschaftliche, in Deutschland und international – verzeichnete in den letzten Jahren einiges an Versäumnissen. Sie stritt über Nahost, Identitätspolitik und Ostdeutschland. Von Spaltungsprozessen gelähmt, versagte sie darin, die materiellen Interessen und Sorgen der vielen zu adressieren. Die Rechte hingegen wusste die Wut der Menschen zu kanalisieren – zwar in ein destruktives politisches Projekt, aber sie erkannte den Unmut über die Unfähigkeit der Mitte, Politik für die Mehrheit zu machen, zumindest an. Vor diesem Hintergrund ist Selbstkritik mehr als angebracht.

Als Journalistin habe ich diese Debatte jahrelang nicht nur verfolgt, sondern selbst mitdiskutiert und es mir nun als Vorsitzende der Linken zur Aufgabe gemacht, den klassenpolitischen Kern der Linken so herauszustreichen, dass es selbst das ZEIT-Feuilleton nicht mehr leugnen kann.

Es heißt, die identitätspolitischen Exzesse der Linken hätten die Mehrheit den Rechten in die Arme getrieben. So konstruieren mittige bis liberal-konservative Parteien die Linke zum Sündenbock für ihr eigenes Versagen.

Und so fällt auf, dass Jens Jessen in seinem Artikel zwar für mehr Materialismus plädiert, zugleich aber keine einzige ökonomische Erklärung für das Erstarken der Rechten liefert und sich stattdessen mit kulturellen Phänomenen begnügt. Wer aber Gendersternchen zur alleinigen Ursache rechter Landgewinne erklärt, betreibt genau das Spiel, das er anderen vorwirft: Er überhöht kulturelle Fragen und springt über das Kulturkampf-Stöckchen der Rechten, die auf die eigentlichen Alltagssorgen der Menschen keine Antworten haben.

Dass mindestens jeder Siebte in diesem Land mehr als die Hälfte seines Lohns für die Miete aufwendet; dass sich ein Fünfte[1] der Menschen – in Zahlen: 17 Millionen – keinen Urlaub leisten kann; dass die Löhne seit Jahren spürbar kaum steigen, die Preise für Energie und Lebensmittel jedoch schon; dass öffentliche Infrastrukturen wie Schulen, Schwimmbäder, Gesundheitseinrichtungen verfallen, weil die Schuldenbremse notwendige Investitionen verhindert hat: All das soll für den Aufstieg der Rechten keine Rolle gespielt haben, wohl aber Gendersternchen?

Es sind die ökonomischen Verhältnisse, die den Erfolg der Rechten überhaupt erst ermöglichen. Dafür die Linke haftbar zu machen, ist unlauter und unglaubwürdig. Die Verantwortung liegt vielmehr bei den Parteien der Mitte, die – in unterschiedlichen Abstufungen – für eine Fortsetzung des ökonomischen Status quo sorgen und ihn dadurch selbst untergraben. In anderen gesellschaftlichen Bereichen blieb es nicht beim bloßen »Weiter so«, vielmehr rückte die Mitte aktiv nach rechts. Ob bei der Einführung von Grenzkontrollen im Schengenraum, der Aussetzung des Familiennachzugs oder der Hetze gegen Bürgergeldempfänger und Migranten – die bürgerlichen Parteien nähern sich Schritt für Schritt den Forderungen der AfD an. Ob das mit Bauchschmerzen oder aus politischer Überzeugung passiert, spielt keine Rolle: Das Ergebnis zeigt, dass die Strategie, den Rechten das Wasser abzugraben, indem man selbst rechte Politik betreibt, nicht aufgeht: Versucht man, die AfD light zu werden, legitimiert man letztlich nur die AfD.

Im Bundestagswahlkampf punkteten wir, weil wir als einzige Partei glaubwürdig für die materiellen Sorgen der Mehrheit eintraten und an den Haustüren mit Menschen in Kontakt kamen. Denn was wirklich gegen den Aufstieg der Rechten hilft, ist Bürgernähe und eine antifaschistische Wirtschaftspolitik, die die Demokratie schützt, indem sie die ökonomische Teilhabe der vielen garantiert: Preisdeckel sollen Menschen vor Preissprüngen etwa beim Wohnen oder bei Lebensmitteln schützen. Infrastrukturen wie Schwimmbäder, der öffentliche Nahverkehr und Krankenhäuser sind für das Zusammenleben essenziell. Sie dürfen nicht länger den Marktkräften überlassen werden, sondern müssen im Sinne des Allgemeinwohls öffentlich organisiert sein. Eine progressive Steuerpolitik soll für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgen und jene absichern, die es in der Krise am härtesten trifft: Die unteren und mittleren Einkommen gehören entlastet, die oberen nicht. Beschäftigte und Gewerkschaften müssen im Zentrum des sozial-ökologischen Umbaus stehen, damit dieser als gesamtgesellschaftliches Projekt gelingen kann.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, doch sie zeigt bereits, was möglich wäre – und wie die Konturen einer linken Alternative aussehen könnten, wenn man sich auf dieses Wagnis gedanklich und politisch einlässt.

Zeichnung: Erich Brechbühl für DIE ZEIT

Zur Ausgabe ZEIT Nr. 38

Weitere Leserbriefe finden Sie unter
blog.zeit.de/leserbriefe

WRB Nov 25

Politikwechsel der anderen Art

Merlind Theile: »Wurst Case« ZEIT NR. 38

Ob Alois Rainer seine Aussage, dass Klimaschutz und Fleischkonsum nichts miteinander zu tun haben, korrigiert, wenn Leitartiklerin Merlind Theile mit einschlägigen Fakten dafür wirbt? Vermutlich nicht. Mit seiner Aussage demonstriert der Agrarminister Loyalität zu seinem Parteichef Markus Söder und Übereinstimmung mit der Bundesregierung, die Klimaschutz als Aufgabe nicht mehr ernst nimmt. Ist das der versprochene Politikwechsel? REINHARD KOINE, BAD HONNEF

Was kann man vom Landwirtschaftsminister einer Partei erwarten, deren Vorsitzender seit längerer Zeit vor allem als Bratwurstesser brilliert? Gott sei Dank haben wir ja sonst keine Probleme. Klimawandel? Hat doch superviel geregnet in diesem Sommer.
THOMAS HOSSFELD, PER E-MAIL

Dem neuen Agrarminister ist sicher bewusst, dass Deutschland nur für zwei Prozent der klimaschädigenden Gase verantwortlich ist.
Die größten Emittenten sind neben den USA (12 Prozent) China (34 Prozent) und Indien (7,6 Prozent). In Asien ist Reis ein Grundnahrungsmittel, das analog zur Nutztierhaltung im Anbau erhebliche Mengen Methan freisetzt, ein Gas, welches ja laut Leitartikel weit klimaschädlicher als CO_2 wirkt.
Im Sinne des Klimaschutzes wäre es also notwendig, auch den globalen Reiskonsum zu reduzieren. Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Bemühungen durch den Bevölkerungszuwachs konterkariert werden.
JENS RUGE, HAMBURG

Magie der Bücher

Schuld sind immer die anderen

Robert Pausch: »Über die Folgen einer von rechts bestimmten Debatte« ZEIT NR. 38

In seiner Replik widerspricht Robert Pausch der These von Jens Jessen, wonach die Linke ihre Klientel vernachlässigt und den Aufstieg der AfD ermöglicht habe. Er behauptet, die Linke sei durchaus fokussiert auf die Arbeiterklasse.
Komisch, dass »die Arbeiterklasse« dies offenbar gar nicht bemerkt. Vielleicht, weil das im linken (und rechten) Lärm um »woke« untergeht. Selbstverständlich sind materielle Themen, Teilhabe, gefühlter Kampf um Ressourcen immer ein Nährboden für Neid, für Streitigkeiten um Reviere aller Couleur und für nationalistische Tendenzen. Aber wie wäre es, wenn die Ressourcenallokation in unserem Land so geregelt wäre, dass die Mehrheit der Bürger das Gefühl hätte, von der Wiege bis zur Bahre funktioniere alles bestens? Stattdessen werden Krankenhäuser auf dem Land geschlossen, aber für EU, Ukraine, Asylbewerber, Demokratieförderung durch irgendwelche Vereine et cetera ist Geld da. Kein Wunder, dass da Neid entsteht.
Die Diskrepanz zwischen ungelösten eigenen Problemen und dem Abfluss von Steuergeld ist Nährboden für die AfD.
SWANTJE KALLENBACH, MICHELAU

Jens Jessens Essay über die Verantwortung der Linken war leider überwiegend die Nacherzählung konservativer Erzählmuster und zudem teilweise in sich widersprüchlich. Für Robert Pausch ist es deshalb auch ein Leichtes, dieses Konstrukt zu widerlegen: mit Sachargumenten und geschickt platzierter Ironie. Chapeau!
HEIDE TRAUTWEIN, STUTTGART

Ein überfälliger Artikel, der überzeugend das gängige Narrativ korrigiert, die linke Mitte habe die materiellen Interessen der »hart arbeitenden Bevölkerung« vernachlässigt und sich stattdessen zum Sprachrohr gesellschaftlicher Minderheiten aufgeschwungen. RÜDIGER PAUL, PER E-MAIL

Die Linke hat den Kulturkampf gegen ihre frühere Klientel und gegen die Mehrheit mitgemacht, wenn nicht gar angezettelt, sinnfällig in elitären Sprach- und Kulturvorschriften. Jetzt sitzt sie in dieser Falle. Volksnähe nimmt ihr keiner mehr ab. THOMAS SCHOLZ, KOBLENZ

Die Bevölkerung versteht unter »links« weitgehend nicht die Partei Die Linke mit deren sozialkämpferischer, arbeitnehmerorientierter Agenda, sondern vielmehr die Influencer, Meinungslobbyisten und Medien mit ihrer Agenda aus Political Correctness, Cancel-Culture, Gendersprache und Minderheitenverklärung, die, im Klischee, assoziiert werden mit der Gurkensmoothie schlürfenden Bourgeoisie vom Prenzlauer Berg und nicht mit Arbeitnehmervertretern im Gewerkschaftshaus.
Diskurse wie der zwischen Jens Jessen und Robert Pausch sind wichtig, ändern aber wenig an der Wahrnehmung der trendresistenten Bevölkerung. Denn die Welt der Medien ist eine andere als die des überwiegenden Teils der Wählerschaft. Dort fühlt man sich in Sachen soziale Intelligenz kompetenter als die sogenannte Meinungs-Elite. Aufklärung kann hier nur gegenseitig und auf Augenhöhe gelingen. KURT SCHÄFER, PER E-MAIL

Nachdem Jens Jessen den Finger in die Wunde gelegt hat, macht sein Kollege Robert Pausch nun genau das, was Linke eben machen: Er weist die Mitverantwortung am Aufstieg der Rechten zurück – mit ziemlich dünnen Argumenten. Schuld haben immer die anderen.
Die Linke täte gut daran, sich trotz ihres temporären Erfolges kritischer zu hinterfragen, statt nur auf andere zu zeigen. THOMAS KLEMENTZ, BERLIN

Das Paradoxon besteht doch gerade darin, dass (ökonomisch gesehen) proletarische oder proletarisierte Milieus sich selber als »Mitte« verstehen und adressieren lassen. Wenn dann noch die gebildete Mittelschicht meint, sie sei die letzte Vertreterin der Geschundenen (Menschen, Tiere, Umwelt), landet man genau in der Verwirrung, die das Ende der Postmoderne kennzeichnet.
STEFFEN ANDRAE, PER E-MAIL

Die materiellen Bedingungen sind für das Erstarken der Rechten keine ausreichende Erklärung. Sie zu verbessern, ist gute linke Politik, aber das wird nicht ausreichen.
Mir fällt dazu ein Satz ein, den meine Geschichtslehrerin einst sagte: »Unter Hitler konnte sich jeder Dorfdepp als etwas Besonderes fühlen.« Treiben die Rechten nicht auch so ein Spiel? Junge, unsichere Männer können bei Krah im Internet ihr Ego aufpolieren. »Mann« ist da was, was sich nicht infrage stellen muss.
Vielleicht hilft es, wenn wir links sein wieder sexy machen. MARTHA WILMES-SIEBERT, PER E-MAIL

Um ihre Stammwählerschaft zurückzugewinnen, müssen SPD und Grüne an drei Fronten zugleich kämpfen: Sie müssen ihre bisherigen Erfolge wie auch ihre Pläne deutlicher kommunizieren, überzogenen Wokeness-Forderungen aus den eigenen Reihen entgegentreten und die Lügen und Schwachstellen verfassungsfeindlicher Kräfte aufdecken. Ein hartes Stück Arbeit!
Stärken wir ihnen dabei den Rücken!
INGA HÄNSEL-NELL, WUPPERTAL

Diese Fragen verstören

Zum Interview mit Lea Bonasera ZEIT NR. 38

Mit zunehmender Verstörung las ich das Gespräch mit der Mitbegründerin der Klimabewegung »Letzte Generation« Lea Bonasera. Und das lag vor allem an den Fragen.
Wo denn die Dringlichkeit der ökologischen Krise hin sei, da Frau Bonasera ganz ruhig auf ihre Fragen antworte, wollten die Interviewer etwa von ihr wissen. Ja, was haben sie denn erwartet? Dass die Aktivistin sich während des Interviews am Tisch festklebt oder die Fragestellenden mit Farbe bespritzt? Die Dringlichkeit der ökologischen Krise ist derweil fast jeden Tag rund um den Globus zu sehen und zu bemerken.
Auf der Titelseite wird der Agrarminister wegen Ignoranz von Tatsachen angezählt. Gut so. Da hätte ich mir auch mehr Differenzierung im Gespräch mit Frau Bonasera gewünscht. DANIEL ZEIS, POTSDAM

Um jeden Preis Aufmerksamkeit zu erzeugen und dabei andere zu schädigen, ist Ausweis von Selbstherrlichkeit und hat nichts mit legitimem Demonstrationsrecht zu tun. Fast ein Ärgernis, dass dieser Formation hier ein großflächiges Forum geboten wird.
CHRISTOPH SCHÖNBERGER, AACHEN

Ich bin entsetzt, mit welcher Selbstgerechtigkeit sich Lea Bonasera über ihre Lage auslässt. Keine Selbstreflexion. Ich kann nachempfinden, dass die Staatsanwaltschaft München gegen Frau Bonasera wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Nicht nachzuempfinden vermag ich, dass die ZEIT ein solches Interview publiziert.
KARSTEN OELCKERS, ALTPRÄSIDENT DER UNIVERSELLEN FREIMAURER LIGA, FALKENSEE

Klimaaktivisten als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung? Lächerlich. Staatsanwälte heute sollten sich daran erinnern, dass der

Die SPD kann ja doch noch siegen

Marc Herter, SPD, hat die OB-Wahl in Hamm mit 63,6 Prozent gewonnen. Auch wegen der Kitas

DIE ZEIT: Herr Herter, Sie haben die Oberbürgermeister-Wahl in Hamm mit 63,6 Prozent im ersten Wahlgang gewonnen – die exakt gleiche Prozentzahl wie bei der Stichwahl vor fünf Jahren. Ihre Partei hingegen ist bei den Kommunalwahlen in NRW auf 22,1 Prozent abgestürzt. Was machen Sie anders als die anderen?

Marc Herter: Ich kann nicht sagen, was ich anders mache, sondern nur, wie die Hammer SPD es macht – wir haben ja auch als Partei 46 Prozent geholt, das ist durchaus ein Alleinstellungsmerkmal bei dieser Wahl. Wir gehen raus, hören gut zu, was die Bürgerinnen und Bürger uns sagen, was dort am Abendbrottisch diskutiert wird. Und das setzen wir dann in praktische Politik um.

ZEIT: Was haben sie Ihnen denn gesagt?

Herter: Zum Beispiel, dass unser Weg zur »familienfreundlichsten Stadt« richtig ist. Meinungsforscher haben uns dafür belächelt, sie sagten uns, Familienpolitik liege in der Prioritätenliste der Wähler weit hinten, manche meinten sogar, sie komme darin gar nicht vor. Für uns ist das aber kein Politikfeld, sondern die Frage, wie einer Familie ein gelingendes Leben ermöglicht werden kann. Das fängt bei Kita und Schule an, geht über bezahlbares Wohnen und Arbeit, von der man eine Familie ernähren kann, sowie die Sicherheit und reicht bis zur zweiten Familienphase, wo pflegende und sorgende Angehörige im Mittelpunkt stehen. Es geht darum, eine Stadt so zu organisieren, dass sie im Alltag einer Familie funktioniert.

ZEIT: Gibt es etwas, das nur Sie, andere aber nicht gemacht haben?

Herter: Wir haben als Erstes die Kitabeiträge halbiert und neue Kitaplätze geschaffen – das hat dazu geführt, dass die Frauenerwerbstätigkeit deutlich gestiegen ist.

ZEIT: Trotz Ihres Erfolges ist die SPD in ihrem Kernland auf 22 Prozent abgestürzt. Warum?

Herter: Kommunalwahlen werden immer vor Ort gewonnen oder verloren, da gibt es für jede Stadt eine eigene Begründung. Trotz des landesweiten Rückgangs der SPD haben wir etwa in Duisburg und in Mönchengladbach zugelegt. Es gibt keine einheitliche Erklärung nach dem Motto: Berlin ist schuld.

ZEIT: Aber ein Trend ist durchgängig: Die SPD verliert ihre Kernklientel, die »Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen«. Sie sprechen ja schon gar nicht mehr von Arbeitern und Arbeiterinnen.

Herter: Das ist keine gottgegebene Entwicklung. Wir haben in Hamm auch in einem Stadtteil, in dem die AfD in dieser Klientel stark zugelegt hat, einen Stimmenanteil von 46 Prozent erreicht. Unter anderem deshalb, weil wir in meiner ersten Amtszeit den Schwerpunkt neben der Familien- auf die Wirtschaftspolitik gelegt haben. Und wir müssen auch im Bund die Fragen einer aktiven Wirtschaftspolitik und des Arbeitsethos stärker adressieren. Mit Sozialpolitik allein werden wir nicht aus der Krise rauskommen.

Marc Herter, 51, regiert in Hamm seit 2020

ZEIT: Ihr Kollege Sören Link, der Oberbürgermeister von Duisburg, hat starke 46 Prozent im ersten Wahlgang geholt, muss aber nun trotzdem in eine Stichwahl gegen den AfD-Kandidaten. Zuletzt hat er Schlagzeilen gemacht mit einem rigiden Vorgehen gegen Armutszuwanderung und Sozialbetrug, indem er eine Razzia im Problem-Hochhaus »Weißer Riese« durchführen ließ. Ist das ein Kurs, den die SPD mitgeht?

Herter: Ich bin sehr bei Link, wenn es darum geht, die Zuwanderung in die Sozialsysteme zu unterbinden. Es geht aber auch darum, diejenigen, die zu uns kommen und hier als Arbeitskräfte dringend gebraucht werden, effektiv in Jobs zu bringen. Uns ist das hier weitgehend gelungen. Wir haben in Hamm auch Zuwanderung aus Südosteuropa, aus Rumänien und Bulgarien – und ein sehr gut organisiertes kommunales Jobcenter. Die Arbeitslosenquote unter Rumänen liegt bei 4,5 Prozent – das ist unter dem Durchschnitt.

ZEIT: In der Kommunal- und Landespolitik ist man immer auch abhängig vom Trend auf der Bundesebene. Und dort steht die SPD schlecht da. Was muss sich ändern?

Herter: Die SPD muss zwei Punkte stärker in den Mittelpunkt stellen. Es ist wichtig, dass sie erkennbarer wird, dass sie wieder einen eigenen Pol in der politischen Diskussion bildet. Und da kann man schon das Hammer-Modell bemühen: zum einen sich an der Frage auszurichten, wie man den Alltag für Familien verbessern kann. Und das Zweite ist die Aufgabe, die Wirtschaft flottzumachen. Wir sind die Partei der Arbeit, und wer die Partei der Arbeit ist, der muss die Wirtschaft und das Wachstum immer im Fokus haben. Diesen Fokus neu zu schärfen, muss die SPD hinkriegen.

ZEIT: Wir stehen vor einem »Herbst der Reformen«, wie der Kanzler sagt. Was erwarten Sie da vom SPD-Teil der Regierung?

Herter: Wir brauchen klare Entscheidungen. Hier in den Schubladen liegen die Projekte, die auf den Investitionsbooster vom Bund warten, auf das Geld aus dem Infrastruktur-Pool. Damit wir die Schulen sanieren, Straßen und Fahrradwege bauen, Brücken sanieren können. Wir könnten morgen starten, aber die Finanzierungszusagen sind noch nicht da. Das Geld muss jetzt schnell fließen. Nur so wird die Investitionssicherheit entstehen, die die Wirtschaft braucht, damit sie wieder in Schwung kommt.

ZEIT: Wie sehr ist Ihnen im Wahlkampf der Unmut über eine Regierung in Berlin begegnet, die sich in vielen Fragen streitet?

Herter: Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass in einem ordentlichen Kommunalkampf am Ende alle einen am Revers packen und sagen: Alles schön und gut – aber da ist ja noch Berlin. Niemand hat mich danach gefragt. Meine Erfahrung ist: Wenn man konsequent über kommunale Themen redet, dann landet die AfD am Wahltag zehn Prozent unter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl. Wir dürfen uns nicht an dieser angeblichen Alternative abarbeiten, wir müssen selbst die bessere Alternative sein.

ZEIT: Zu welchem Thema wurden Sie denn im Wahlkampf am Revers gezupft?

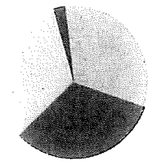
Herter: Die Menschen, gerade im Ruhrgebiet, sind es leid, zu sehen, wie die öffentliche Infrastruktur vor ihren Augen zerbröselt. Wir dürfen Schulen und Brücken nicht weiter verrotten lassen. Es geht um Lebensqualität, darum, wie es dort aussieht, wo man lebt. Und die Leute erwarten zu Recht, dass sie auf dem Bürgeramt nicht noch drei Stunden warten müssen. Dass die Kita nicht ständig schließt und die Busse auch abends noch fahren. Die Politik muss sich wieder stärker mit den Dingen beschäftigen, derentwegen sich ansonsten die Leute die Haare raufen und sagen: »Hier funktioniert ja gar nichts mehr in dieser Republik.«

Die Fragen stellten
Peter Dausend und **Anne-Sophie Lang**

Torten der Wahrheit

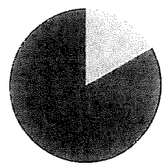
VON KATJA BERLIN

Aufstiegsversprechen in Deutschland



- Von Kryptohändlern
- Von Mindset-Influencern
- Von Erfolgs-Coaches
- Durch Bildung

Wie man in Deutschland Karriere und Familie vereinbaren kann



- Mit einem verständnisvollen Arbeitgeber
- Mit einem Betreuungsplatz
- Mit einer Ehefrau, die sich um alles kümmert

Foto: pa/dpa

Berichtigung

In unserem Artikel über einen äthiopischen Staudamm (ZEIT Nr. 39/25) stand, dass dieser mehr als 5.000 Megawatt elektrische Energie produzieren solle. Richtig ist, dass er eine Kapazität von 5.150 Megawatt hat und jährlich 15.700 Gigawattstunden Strom liefern soll. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

ANZEIGE